

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Sackstraße 49, Fernsprecher 1667. Redaktion und Druckerei: Große Mühlstraße 2, Fernsprecher 861.

Abnahmezahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobrief) 3 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preis in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplare 2.00 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 Mk. Postgebühren. Einzelne Nummern 6 Pf. Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. Anzeigenpreis: die sechsgehaltene Zeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restamt 50 Pf. Wochensatzung 1.00 Mk.

Nr. 3.

Magdeburg, Freitag den 5. Januar 1906.

17. Jahrgang.

Deutschland im Jahre 1905.

I.

Es ist kennzeichnend für das Jahr, das hinter uns liegt, daß es die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes mehr nach außen als nach innen gelenkt hat. So wechselvoll und aufregend das Bild unserer inneren Klassen- und Parteikämpfe gewesen sein mochte, so verblähten doch seine Farben vor dem grellen Riesengemälde der Weltereignisse, die rings um uns her aufgetragen wurden.

Von Neujahr bis zum Hochsommer, d. h. von dem Fall Port Arthur bis zum Frieden von Portsmouth stand der russisch-japanische Krieg im Mittelpunkt des politischen Interesses, und nur in der russischen Revolution fand er einen Wettbewerber, der seit dem 22. Januar immer mehr in den Vordergrund trat, die meisten politischen Diskussionen beherrschte und in alle hineinwirkte. Als ein drittes mächtiges Weltmotiv macht sich seit dem Frühjahr der Konflikt zwischen Deutschland und den beiden westeuropäischen Vormächten geltend.

Die Wirkungen, die diese drei bedeutenden Weltereignisse auf die Politik des Deutschen Reiches ausgeübt haben und noch weiter ausüben werden, wird erst eine spätere Zeit vollständig übersehen können. Vorläufig steht nur soviel fest: Der Ausgang des russisch-japanischen Krieges hat Deutschland für alle absehbare Zeit aus der Reihe der Mächte gestrichen, die für den fernen Osten in Betracht kommen. Die englisch-japanische Doppelherrschaft ist vollkommen gesichert und die völlig isolierte, in keinem Ernstfall halbhohe Kolonie Ostasien, auf die unsere Weltpolitik einst die überschaubarsten Hoffnungen setzte, in dem er auswärtsige Politik Deutschlands — wie die sozialdemokratische Presse längst prophezeit hatte — nur eine Krugel am Wein geworden. Nach welcher Richtung immer die deutsche Weltpolitik tastend ihre Nüchler ausstreckt, allüberall begegnet sie einer mächtigen Koalition, in der England die führende Rolle innehat.

Der Zusammenbruch der russischen Militärmacht hatte die deutsche Diplomatie verleitet, scharfere Saiten gegenüber Frankreich, das sie nunmehr isoliert wähnte, aufzusuchen; sie mußte aber alsbald bemerken, daß sich an Stelle der franko-russischen Allianz eine englisch-französische Allianz konstituierte. Alle Kriederei vor Rußland hat nicht vermocht, was der ostasiatische Krieg und die russische Revolution zustande brachten: sie gewährten erst dem Reiche sichere Rückendeckung im Osten und verschärften das Gespenst des Zweifronten-Krieges, das bisher zur Begründung aller Militärvorlagen hatte herhalten müssen. Dafür tümt sich nun im Westen allen unfröhlichen Ausdehnungsgelüsten des Deutschen Reiches ein unübersteigbarer Damm entgegen.

Die Verschiebung der internationalen Lage ist so vollständig, daß durch die Argumente der deutschen Rüstungspolitik beseitigt worden sind. Deutschland befindet sich Frankreich gegenüber durch seinen Bevölkerungsüberschuß in einer an und für sich günstigen Lage, die nur durch Fehler der deutschen militärischen, diplomatischen und innerpolitischen Führung verschert werden kann. Um Frankreich allein gegenüber bestehen zu können, braucht Deutschland keine neuen Soldaten und Kanonen, sondern es bedarf nur der Beseitigung der Gefahren, die der herrschende Cäsarismus für Deutschlands äußere wie innere Politik heraufbeschwört. Was über England betrifft, so ist seine Ueberlegenheit zur See eine so gewisse und unumstößliche Tatsache, daß nur politische Ständerei sie bestreiten oder durch deutsche Flottenrüstungen beiseitigen zu können wännen kann.

Die Gewalt dieser Tatsache ist so groß, daß sie auch in offiziellem Kreise bis zu einem gewissen Grade anerkannt wurde. Der „öden Welt Herrschaft“ wurde feierlich Absage erteilt, dem Deutschen Reiche eine Entwicklung prophezeit, die „nach außen begrenzt, aber nach innen unbegrenzt“ sei; dange Zweifel tauchten auf, ob man in einem künftigen Kriege „Gott noch um den Sieg bitten“ dürfe; ja es soll sogar das Wort gefallen sein, daß die Zeit der Kabinettskriege vorüber und die Zeit der Volkskriege gekommen sei.

Zu schroffsten Gegensatz zu solchen Worten standen aber die Taten des gegenwärtig in Deutschland herrschenden Kurles. Die Freundschaftspolitik gegenüber dem ohnmächtigen und verhassten Zarisismus wurde unentwegt fortgesetzt und erriete in der Kaiserjubiläumfeier von Björkö ihren Höhepunkt. Dafür gefiel man sich darin, die zivilisierten und demokratischen Westmächte zu verlesend und unfreundlich wie möglich zu behandeln, ihnen alle möglichen schwarzen Absichten zuzutrauen und ihr diplomatisches Spiel durch effektvolle Interventionen zu durchkreuzen. Das englisch-französische Abkommen über Marokko, von dessen Zustandekommen

die deutsche Regierung loyalweise vor seiner Veröffentlichung unterrichtet worden war, und von dem der Reichskanzler im Frühjahr 1904 im Reichstag erklärt hatte, es habe keine Spitze gegen irgend eine fremde Macht, wurde im Frühjahr 1905 zum Anlaß einer Aktion genommen, die Europa hart an den Rand eines Weltkrieges führte. Unter dem Vorwand, Deutschland sei von dem französisch-englischen Vertrage nicht — „offiziell“ — verständigt worden, brauche sich also um dessen Existenz nicht zu kümmern, übernahm die deutsche Diplomatie die ebensowenig ehrenvolle wie einträgliche Aufgabe, die verlotterte und barbarische Regierung Marokkos gegen die europäischen Westmächte aufzukämpfen. Die Gefahr, die dadurch für ganz Europa heraufbeschworen wurde, und die heute noch — trotz aller bürgerlichen Friedensbiedermeiereien — nicht beseitigt ist, war groß, der Erfolg aber, den die deutsche Diplomatie erzielte, war gleich Null. Die deutsche Regierung hat den billigen Triumph, über Frankreich in einer internationalen Etikettefrage gesiegt zu haben, mit der Vermehrung auswärtiger Mißstimmungen sowie der Mißstimmung des deutschen Volkes selbst teuer genug erkauft. Mehr als ihr das englisch-französische Abkommen ohne ihre Mitwirkung zugehand, die Gleichberechtigung im kommerziellen Wettbewerb wird sie aber nach allem aufgeregten Tamtam auf der sagenhaften und gefährlichen Konferenz von Algiciras auch nicht erreichen.

Die deutsche Weltpolitik hätte also besser getan, wenn sie in Erkenntnis ihrer „Begrenztheit nach außen“ sich nicht in das unsinnige Marokkoabenteuer gestürzt hätte. Mit welcher „Unbegrenztheit“ sich dagegen die innere Politik nach den schlimmsten reaktionären Unmöglichkeiten „entwickelte“, gehört auf ein anderes Blatt und soll in einem andern Zusammenhang erörtert werden. Indessen machte sich die plumpe Hand der inneren Reaktion auch auf dem Gebiet der auswärtigen Politik mit schmerzhafter Deutlichkeit fühlbar. Was die deutsche Diplomatie etwa unterläßt, um die Beziehungen Deutschlands zum Auslande ins Unbegrenzte zu verschlechtern, das besorgt mit tödlicher Gewisheit die preußisch-deutsche Fremdenpolizei. Jaures wurde von den Schwellen des Reichs zurückgewiesen, denen er als Apostel der Völkerveröhnung genächt war, Bernerstorfer, Adler, Greulich, Todeschini wurden über die Grenze gejagt. Der holländische Journalist C a y v a n A l e n erhielt den Ausweisungsbefehl, weil er es gewagt hatte, in einem niederländischen bürgerlichen Blatt die deutschen Zustände wahrheitsgetreu zu schildern, der greise holländische Gelehrte und „Edelanarchist“ Domela Nieuwenhuis, der einen wackern Ausweisungsbefehl mißachtet hatte, wurde tagelang in Haft gehalten. Die Malträtierten und Davongejagten sind aber in ihren Vaterländern einflußreiche Politiker; sie sind in halb Europa geachtet und beliebt und mit den Erfahrungen, die sie an der deutschen Regierung gemacht haben, tragen sie eine Unsumme von Haß und Empörung wider das in Deutschland herrschende System nach dem Auslande. Daß sich unter diesen Männern u. a. auch Leute befinden, deren Verdienste um das deutsche Volk weltbekannt sind — wie Jaures und Bernerstorfer, die man im Auslande sogar einer gehobenen Liebe zu Deutschland für fähig hält — mußte den üblen Eindruck ihrer polizeilichen Maßregelung noch vermehren und slavischen wie französischen Chauvinisten die höchste Genugtuung bereiten.

Von gleichem oder noch schlimmerem Schicksal als die genannten Politiker wurden aber auch zahlreiche ausländische Arbeiter getroffen: sie wurden — manche nach zehn-, fünfzehnjährigem Aufenthalt in Deutschland — über die Grenze schubiert, weil sie bei Lohnkämpfen die Solidarität nicht gebrochen hatten. Nur zwei Sorten von Ausländern waren der preußisch-deutschen Polizei willkommen: Streikbrecher und Lockspitzel. Das Ergiben der russischen Spione, insbesondere des berüchtigten „Baron Crüdener“, vollzog sich am hellen Tage, ohne von den deutschen Behörden irgendwie gestört zu werden.

Die Thronrede hat dann bittere Klage darüber geführt, daß Deutschland im Auslande „verkannt“ werde. Wir haben im Laufe des letzten Jahres vielfach Gelegenheit gefunden zu zeigen, daß das herrschende System des Deutschen Reiches im Auslande gar nicht „verkannt“, sondern vielmehr ganz richtig „erkannt“ werde. Immer mehr wird vom herrschenden bürgerlichen Radikalismus des Westens betont, daß der nationale Gegensatz ein Gegensatz der politischen Kultur sei, und die Abrüstungspolitik unserer ausländischen Freunde wird beinahe nur noch mit dem einen Argument bekämpft, daß Deutschland ein reaktionäres Staatswesen sei, dessen äußerer Machtentfallung ein Diegel vorgeschoben werden müsse.

Im Jahre 1905 lag der Zarisismus im Sterben. England

und Japan teilten sich in seine weltpolitische Hinterlassenschaft; die Revolution griff nach seiner Krone. Aber auch der deutsche Freund wird das Sterbelager nicht mit leeren Händen verlassen. Das zarische Rußland, das es immer noch ihm gut meinte, vermachte ihm, was es von all seinen Gütern am sichersten besessen hatte: den Haß der zivilisierten Welt! —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 4. Januar 1906.

Reaktionäre Verbrüderung.

Das Urteil wider Herbee und seine 25 Leidensgefährten hat nicht nur die französische, sondern auch die deutsche Reaktionspresse mit Begeisterung aufgenommen. Zum erstenmal wieder seit der Schlächterei von Limoges kommt aus Frankreich eine Nachricht, die unsern deutschen Rückwärtlern helle Freude verursacht. Alle internationale Spannung scheint verschwunden und die Verbrüderung zwischen Frankreich und Deutschland vollkommen hergestellt — wenigstens soweit Frankreich durch die Pariser Richter und Deutschland durch die „Kreuzzeitungs“-Deute repräsentiert wird. Um Marokko feilschen und handeln, zetern und schreien sie; wenn es aber gilt, ein paar anständigen Leuten, die mutig ihre Ueberzeugung vertreten, die Paragrafenhirschklinge über den Kopf zu werfen, sind sie ein Herz und eine Seele!

Wenn unsere deutschen Halbkojaken nun so tim, als ob sie sich vor den zivilisierteren Westeuropäern gar nicht mehr zu schämen brauchen, so liegt in solchen Gebahren denn doch eine höchst alberne Ueberdeutung. Denn was da was eine alltägliche Erscheinung ist, die Verurteilung politisch mißliebiger Staatsbürger zu schweren Freiheitsstrafen, ist in Frankreich doch immerhin eine ziemlich große Seltenheit. Die Urtheile der Verurteilten übertreffen an Schärfe alles, was jemals in der sozialdemokratischen Presse Deutschlands gesagt worden ist, und geben dem öffentlichen Ankläger Gelegenheit, die Sache so darzustellen, als ob er die Sache der demokratischen Ordnung gegenüber den Angeklagten verteidigen müßte. Selbst die reaktionäre Presse Frankreichs verteidigte sich — in richtiger Kenntnis der französischen Volksstimmung — gegen den Vorwurf, daß sie die gerichtliche Verfolgung mißliebiger Anschauungen begünstige. All das macht das furchtbare Urteil allerdings nicht weniger infam — aber so infam, es auch ist, reicht es nicht an die Infamie jener Grundsätze heran, die von der deutschen bürgerlichen Presse vertreten werden. Und überdies ist es wahrscheinlich, daß die französischen Antimilitaristen sehr bald durch eine Amnestie aus ihren Kerker befreit werden — während die Nicht„begnadigung“ politischer „Verbrecher“, die ja auch keine „Gnade“ haben wollen, in Deutschland ein beinahe unumstößlicher Grundtat ist.

Die Haltung, die die deutsche Reaktionspresse während des Pariser Prozesses wider die Antimilitaristen eingenommen hat, ist aber auch noch in einer andern Beziehung überaus interessant. Bekanntlich war Herbee angeklagt, weil er den französischen Soldaten geraten hatte, im Falle eines Krieges mit Deutschland den Gehorsam zu verweigern. Was kann unsern deutschen Patrioten lieber sein als die Desorganisation der feindlichen Armee? Und da sie überdies erklären, Deutschland werde niemals Krieg führen, außer es gelte, „ungerechte Angriffe auf das Deutsche Reich abzuwehren“, so müten sie, indem sie Herbee verurteilen, den französischen Soldaten zu, sie sollten, wenn ihnen so besohlt wird, „einen ungerechten Angriff auf das Deutsche Reich unternehmen! Indem sie Herbee und Genossen verurteilen leisten sie dem „Landesfeind“ Unterstützung.

Wären Herbee und Genossen Deutsche und von dem deutschen Gericht abgeurteilt worden, so würde die französische Presse vermutlich sagen, die Angeklagten hätten recht gehabt. Denn die Deutschen hätten kein Recht, in der Vaterlande im Gegensatz zu den Franzosen, die nur ihren Vaterlande auch die demokratischen Rechte und Freiheiten der Nation verteidigten! —

Der Wahlkampf in England.

Die Wahlbewegung ist in vollem Gange. Von der größten Wichtigkeit für das endliche Resultat der Wahlen ist das Verhältnis zwischen den Liberalen und der Arbeiterpartei.

Die Liberalen sind von alters her daran gewöhnt, die Arbeiter als Wähler in ihrer Geselligkeit zu haben. Erst in den letzten Jahren hat man auch einige Arbeiter als Ständ-

daten zugelassen und bis vor kurzem hat dieser Brocken auch genügt, die Arbeiterklasse zu befriedigen. In den letzten Jahren jedoch ist eine gründliche Wandlung vor sich gegangen; halb und halb sind die englischen Arbeiter zum Klasseninstinkt erwacht. Der Umstand, daß sie, zum Teil wenigstens, vom „Klassenkampf“ nichts hören wollen, ändert an dieser Tatsache nichts. Sie haben sich in ihrer überwältigenden Mehrheit von den Liberalen losgesagt und stellen ihre eigenen Kandidaten auf.

Die Liberalen vermögen sich in diese Veränderung der Dinge noch nicht zu finden. Sie hätten alle Ursache, sich mit der neuen Ordnung der Dinge abzufinden, die Arbeiterpartei zu unterstützen oder ihnen wenigstens nichts in den Weg zu legen, denn an dieser würde auch die liberale Regierung eine feste Stütze gegen die Tories finden. Die Liberalen scheinen jedoch alles daran zu setzen, sich auch die letzten Sympathien der Arbeiterklasse zu verschaffen.

Das englische Wahlgesetz kennt bekanntlich keine Stichwahlen; die Aufstellung von mehreren Kandidaten verwandter Parteirichtungen kann deshalb leicht dem gemeinsamen Gegner zum Siege verhelfen. Mit dem Hinweis hierauf haben es die Liberalen verstanden, die Arbeiterklasse von der Aufstellung eigener Kandidaten abzuhalten. Jetzt verfährt dies nicht mehr. Nun wäre aber eine Verständigung zwischen den beiden Parteien in dieser Beziehung wohl möglich; man könnte sich dahin einigen, daß überall dort, wo die Aufstellung eines Arbeiterkandidaten dem Konservativen den Sieg bringen könnte, diese zu unterbleiben hat und ebenso, wenn die Aufstellung eines Liberalen diesen Erfolg zeitigen könnte.

Was tun aber die Liberalen? Sie scheinen der Auffassung zu sein, daß sie für alle Zeiten das Recht hätten, die Arbeiterklasse politisch zu bevormunden; sie scheinen es als einen Eingriff in dieses ihr heiligstes Recht zu empfinden, daß nunmehr die Arbeiterklasse selbständig vorgeht. Mit großer Bitterkeit beschwerten sie sich jedesmal, wenn die Arbeiterpartei an irgend einem Punkte des Königreichs sich gestattete, unabhängig von den Liberalen in die Wahlbewegung einzutreten. Und sie scheuen sich nicht, dem Kandidaten der Arbeiterpartei eigne Kandidaten entgegenzustellen, ohne Rücksicht darauf, daß sie auf diese Weise leicht die Sache der Konservativen betreiben.

So hat man dem Genossen Barnes, dem Sekretär des Maschinenbauverbandes, der als Arbeitervertreter in Glasgow kandidiert, einen sogenannten „liberalen Arbeiter“ entgegengestellt. Auch der Genosse Quetch von der sozialdemokratischen Föderation befindet sich plötzlich außer zwei konservativen noch zwei liberalen Kandidaten gegenüber.

Noch deutlicher ist das Beispiel von Burnley. Dort hat die sozialdemokratische Bewegung seit Jahren einen mächtigen Aufschwung genommen und die dortigen Genossen haben keinen geringeren als den hervorragenden Führer und Begründer der sozialdemokratischen Föderation, den Genossen **Shandman**, aufgestellt. Keiner wäre würdiger als er, die Theorien des Sozialismus und die Forderungen der Arbeiterklasse in Westminster zu vertreten; er gehört zu den Besten des internationalen Sozialismus. Darüber sind sich auch die Liberalen in England einig. Trotzdem lassen sie es zu oder begünstigen es, daß ihm der „liberale Arbeitervertreter“ Radison gegenübertritt.

Dieses Vorgehen wird nur dazu beitragen, die Arbeiter noch mehr von den Liberalen abzustößen und die Kluft zwischen beiden zu erweitern. Die Arbeiter von Battersea, dem Wahlkreis des neuen Ministers John Burns, haben ihren Unwillen über dieses Verhalten Ausdruck gegeben, indem sie selbst John Burns auf die Stimmen der Sozialisten angewiesen, um seinen Sitz im Parlament und — sein Ministerpostensamt behalten zu können. Und im Jahre 1900 wurde John Burns nur mit einer Majorität von 250 Stimmen gewählt, alzumal hat er also nicht zu verlieren.

Kaiser und Polenbischof.

Der Erzbischof von Posen, Herr Florian Stabrowski, hat am 16. Dezember v. J. an die Gläubigen seiner Gemeinde einen Hirtenbrief gerichtet, der in hohem Grade den Beifall Wilhelms 2. gefunden hat. Jetzt kam Herr Stabrowski in Form eines Rundschreibens an die Geistlichkeit einen Nachtrag zu seinem Hirtenbrief veröffentlicht, dessen Haupt- und Mittelstück eine Zustimmungserklärung des deutschen Kaisers bildet. In diesem „hohen Sand- schreiben“ heißt es:

Meine Regierung wird Ihre Bemühungen, gegen die Verbreitung der Ideen des Umsturzes durch Ausbreitung und Verbreitung der religiösen Wahrheiten in den Herzen der Jugend Särchen aufzurichten, gern unterstützen.

Das Schreiben des Kaisers wird nun vom schlaunen Bischof mit reatartigen Handglossen versehen herausgegeben. Herr Stabrowski läßt sich zunächst über die Vorzüge der von ihm gelehrten „religiösen Wahrheiten“ aus — die doch der deutsche Kaiser als frommer Protestant nicht anerkennen kann — und läßt dann fort:

Die Erfahrung indessen lehrt, daß das unentbehrliche Mittel, den Religionsunterricht wirksam zu erteilen, dieses Unterrichts, welcher die Herzen durchdringen und die Herzen erwärmen soll, die Sprache ist, in welcher die Kinder die ersten Ausdrücke und religiösen Begriffe im Geiste des Kindes begründet.

Der Erzbischof Stabrowski antwortet also dem deutschen Kaiser auf sein begeistertes Zustimmungsschreiben mit der Gegenbemerkung, daß der preussische König dem Religionsunterricht das „unentbehrliche Mittel“ des Erfolgs verweigere — den Gebrauch der polnischen Muttersprache.

Nach Südwestafrika — Kamerun.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ erhält aus dem Süden Kameruns die Nachricht, daß die Aufstandsbewegungen unter den Eingeborenen sich leider auf ein viel umfassenderes Gebiet erstrecken, als man im allgemeinen in Deutschland anzunehmen scheint.

Ein Gebiet, das die Größe des Königreichs Sachsen überschreite und zehntausend wehrfähige Männer aufweise, stehe im Aufruhr. Der aufständischen Bevölkerung ständen nur zwei Kompanien der deutschen Schutztruppe und einige kleinere Posten gegenüber.

Während der bisherige Gouverneur Jesko v. Puttkamer nach Deutschland reist, um sich wegen der ihm zur Last gelegten Taten zu verantworten, beginnt die Saat, die er und andre auf dem heißen Boden Afrikas gesät haben, aufzugehen. Vorläufig versucht man es mit dem Vertuschen; bald wird eine Alarmnachricht die andre jagen.

Wieviel Menschenleben und wieviel Millionen wird es kosten, die „deutsche Waffenschere“ nunmehr in Kamerun zu reiten? —

Klassenjustiz in Schweden.

Zu Beginn des Monats November wurde der Verfasser der Flugchrift „Nieder mit den Waffen“, Genosse **J. Söglund**, zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt, weil in dieser Schrift für den Fall, daß die Kriegshetzerien der Nordapatrioten gegen Norwegen Erfolg haben würden, der Wehrpflichtstreik empfohlen wurde. Tatsächlich war diese Schrift eine sehr wirksame Friedensagitation. Sie hat ein gut Teil dazu beigetragen, daß Schweden sich mit Norwegen in Frieden auseinandersetzte, trotz der Kriegsagitation, die mit besonderem Eifer von einem großen Teil der schwedischen Geistlichkeit betrieben wurde.

Einer dieser kriegslustigen Seelenhirten, der Stockholmer Pastor **Heiman**, wurde auf Veranlassung des Justizschwerhalters angeklagt. Er hatte in seiner Johannisnacht-Predigt nicht nur die Sozialdemokraten, diese „Vaterlandsverräter“, beschimpft, sondern auch die Regierung, die das Land „verraten“, und selbst den König, der dem Rat schwedischer Männer folgend, mit den norwegischen „Aufrehrern“ zu verhandeln entschlossen war. Das Landesgericht der Stockholmer Seelenhirten, das Konsistorium, hat nun kurz vor der Jahreswende sein Urteil gesprochen. Es war ein Dreispruch.

Man kann also als Pfarrer von der Kanzel zum kriegerischen Massenmord auffordern, kann dabei auch neben der sozialdemokratischen Arbeiterklasse einen alten König beschimpfen; das schadet nichts; aber eine ernste Friedensagitation zu betreiben ist ein Verbrechen und muß bestraft werden.

Am selben Tage, als der kriegerische Seelenhirte freigesprochen wurde, hatte in Malmö ein Pressegericht über eine Anklage des wieder in den Reichstag gewählten Gutsbesizers **Behr** gegen von Marx gegen unser Bruderorgan „Arbeit“ zu urteilen. Es handelt sich um zwei während der Wahlbewegung erschienene Artikel, durch die sich der Vater des schwedischen Buchausgleiches beleidigt glaubte. Für beide Artikel wurde die Schuldfrage bejaht. Welche Strafe den verantwortlichen Redakteur, Genossen **Sommerdahl**, treffen wird, darüber wird am 12. Januar entschieden werden.

Die russische Revolution.

Auf zerstörten Barrikaden.

Der Jubel der internationalen Bourgeoisie über die „endgültige Niederlage“ der russischen Revolution in Moskau kennt keine Grenzen. Wir haben das Geheul gestern auf seinen Zukunftswert hin gewürdigt und geben heute der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ das Wort, die die Folgen des beendigten Straßenkampfes also wertet:

Der seit einer Woche von Tag zu Tag voraus telegraphierte Sieg der Soldateska ist endlich in den blutgetränkten Gassen der Vorstadt Prehna errungen worden. Schrapnells und Granaten haben sich stärker erwiesen als die heldenmütige Anfechtung der Studenten und Arbeiter. Das russische Heer hat gezeigt, daß es zwar eine kriegsmäßig eingerichtete Festung nicht einmal verteidigen, aber dafür schwache Fabrikmauern niederzertretenden kann. Und Ordnung regiert wieder in der alten Hauptstadt der Zaren.

Aber dieser späte und mühsam errungene Erfolg, von dem niemand sagen kann, ob ihn die Regierung wird bewahren können, schaffte die Tatsache nicht aus der Welt, daß fast vierzehn Tage die Revolution den größten Teil der Moskauer Straßen im Banne hielt und ein ermüdender, mit äußerster Geschicklichkeit geführter Guerillakrieg die Anstrengungen der Truppen zunächst völlig vereitelte. Wäre es nicht möglich gewesen, zuletzt noch aus der Umgebung und aus Petersburg Verstärkungen heranzuziehen, so wäre der Ausgang vielleicht ganz anders geworden. Daß Petersburg nicht gleichzeitig Losschlag, hat das kühne Unternehmen der Moskauer um den Erfolg gebracht. Der Gegner konnte keine Kräfte für den letzten Hauptschlag verstärken — Petersburger Soldaten waren es, die vor der Prochorow Fabrik das beste taten —, die Revolutionäre blieben isoliert und ohne Hilfe von außen.

Der Regierung hat der Sieg ihrer Truppen Mut gegeben, man merkt es an dem geänderten Tone, den sie plötzlich anspricht. Witte, der einst die Arbeiter als Brüder angesprochen, den die Reaktionen vom 30. Oktober ab unangesehnt und in heftigster Weise wegen seiner Schwäche und Nachgiebigkeit schmäht und anklagt, erklärt heute, er werde von der Verteidigung zum Angriff übergehen und die revolutionäre Propaganda nirgends dulden. Eine An-

drohung, in deren Zusammenhang das Gelöbnis, an dem Manifest vom 30. Oktober festzuhalten, recht seltsam anmutet.

Indes will Witte wirklich eine neue Ära der Befolgungen einleiten und zu diesem Zwecke die sozialistische Bewegung niederzudrücken, mit Verhaftungen und Prozessen beginnen, so wird er wohl in die Lage kommen, der Revolution einen großen Dienst zu erweisen. Noch ist die Erinnerung an den Absolutismus nicht so sehr verblüht, noch auch der Streit der Meinungen und Interessen unter den Parteien nicht so weit gediehen, daß die gemäßigten Liberalen oder gar die konstitutionellen Demokraten, auf deren Hilfe Witte rechnet und bei der Herstellung eines konstitutionellen Regimes nach Einberufung der Duma wird rechnen müssen, eine Politik der reinen Konterrevolution mitmachen könnten; auch werden sich heute kaum Geschworene finden, die Witte und der Ordnung zuliebe „politische Verbrecher“ dem Kerker überliefern würden.

Witte müßte sich also der Reaktion völlig in die Arme werfen, wollte er seine Worte zur Tat werden lassen. Damit steht es nun aber so, daß es wohl Reaktionen gibt, aber keine Möglichkeit, ja keine Weltanderteile und kaum noch recht Werkzeuge eines rein reaktionären Regimes. Muß es nicht aufpassen, daß die Siege der Soldateska bisher nirgends in Fußstapfen ausgeartet sind, daß man zum Beispiel in Sachmat den Arbeitern nach der Waffenstreckung freien Abzug gegen Sid — wie im Kriege etwa Offizieren — gewährt hat?

Ungetriebene Wilde des Herzens ist es wohl nicht, die aus diesen Tatsachen spricht; in Milde und Barmherzigkeit pflegten Truppen des Zaren sonst ihres Sieges nicht froh zu werden; es ist das Gefühl, nicht weitergehen zu dürfen bei der Stimmung der ungeheuren Mehrheit des gesamten Publikums — und selbst eines großen Teiles des Heeres, das sich zwar von Meuterei nicht so beherrscht zeigt, wie man gehofft hatte, aber allem Anschein nach keine Lust verspürt, das Genferhandwerk in den brutalsten Formen auszuüben.

Die Scheußlichkeiten, die in Paris der Zunftschlacht und der Niederlage der Kommune folgten, werden uns diesmal, so darf man annehmen, erspart bleiben; doch ohne sie ist die richtige Konterrevolution nicht denkbar.

Die Menschenverluste.

Der Scharfpresse wird aus Moskau vom 3. d. M. telegraphiert:

Der Stadtteil Prehna ist nach dreitägigem Bombardement fast vollständig eingeebnet; eine Reihe von Fabriken sind zerstört, 15 Wohnhäuser dem Erdboden gleichgemacht. Zahllose Menschen, meist friedliche Bürger, wurden getötet; viele Flüchtlinge, die sich aus den brennenden Häusern oder aus Kelleräumen an die Oberfläche hervorwagten, erschoss oder erschach das Militär. Haufen von Leichen lagen mehrere Tage lang auf den Straßen und dem Eise des Moskwa-Flusses umher. 410 Arbeiter der Prochorowischen Tuchfabrik ergaben sich, 500 Arbeiter lieferten freiwillig die Waffen ab.

Während der vergangenen Blutwoche sind in die städtischen Krankenhäuser aufgenommen: 375 Verwundete, darunter 25 Kinder, 15 Soldaten und 7 Polizisten. Private Heilanstalten und Verbandplätze registrierten noch 174 Getötete und 885 Verwundete, darunter 189 Frauen, 97 Kinder. Die offizielle Verlustliste vom Militär lautet: 9 getötete, 51 verwundete Soldaten. Von Genarmen sind 1 getötet und 5 verwundet; von Polizisten 21 getötet und 30 verwundet.

Die offiziellen russischen Angaben sind stets erlogen. Der Verlust der Soldateska ist um ein Vielfaches größer als hier angegeben.

Neue Straßenkämpfe in Moskau.

Am Dienstag wurde auf dem Platz vor dem Nikolai-Bahnhof in Gegenwart der obersten Behörden und Militärs ein feierlicher Dankgottesdienst anlässlich der Niedersetzung des Aufstandes abgehalten, doch am Abend fanden abermals heftige, blutige Straßenkämpfe im Stadtteil Prehna statt, wo durch Artilleriefeuer mehrere Fabriken zerstört, viele Wohnhäuser eingeebnet wurden. Der Widerstand einer kesselförmigen Feuersbrunst war weiterhin sichtbar.

Der Arbeiterdeputiertenrat sowie die Komitees beider sozialistischen Parteien beschloßen, den Generalkrieg zu beendigen. Die Straßen bieten jetzt im allgemeinen wieder das gewohnte Bild, die Geschäfte sind geöffnet, landliche Zeitungen sind erschienen. Auch der Eisenbahnbetrieb ist wieder aufgenommen, die Eisenbahn dagegen verkehrt noch nicht wieder.

Der Generalmajor **Kamuljanow**, der an der Revolution stark beteiligt sein soll, wurde verhaftet und sofort seines Ranges und seiner Pension verlustig erklärt. Erhört wurde Professor **Worobjew** in seiner eignen Wohnung durch einen Offizier, weil er eine Kandidatur für Verwundete der Revolutionäre bei sich eingerichtet hatte.

Letzte Nachrichten.

* London, 3. Januar. Nach Meldungen aus Petersburg ist ein Aufstand in Saratow ausgebrochen. Die Aufständischen haben die schwache Garnison verjagt und beherrschen vorläufig die Stadt. Die Errichtung einer demokratischen Republik wurde proklamiert.

* Petersburg, 3. Januar. Heftige Kämpfe fanden gestern auf der Eisenbahnlinie Moskau-Sarkow statt. Längere Strecken der Eisenbahn befanden sich in den Händen der Revolutionäre und mußten von den Truppen zurückerobert werden. Dabei wurden auf beiden Seiten achthundert Personen getötet bzw. verwundet. (Eine zu runde Ziffer.)

* London, 3. Januar. Der Petersburger Berichterstatter der „Times“ meldet, daß **Magin Gorli** sich in Moskau aufhält. Die Polizei veranstaltete eine Hausdurchsuchung in Gorli's Moskau Wohnung, ohne jedoch irgend etwas Kompromittierendes zu finden. Die Polizei zog ab, ohne Gorli weiter zu belästigen.

* Petersburg, 3. Januar. Die Petersburger Telegraphenagenten meldet aus Gappal in Estland: Seit einigen Tagen herrscht hier in der Umgegend große Unordnung. Angehörig aus Estland gekommene Esten, die sich Sozialdemokraten nennen, plündern die

Allerhand Splitterrichter.

k. Auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung sind den Arbeitern Feinde erstanden, deren Treiben mit jedem Tage bedenklicher und gemeingefährlicher wird. Es handelt sich da um die immer mehr ins Kraut schießende Simulantenriechei, durch die ja schon so mancher Arbeiter um die spärlichen „Wohltaten“ unserer sozialen Gesetzgebung geprellt worden ist. Besonders intensiv wird dieses saubere Geschäft von verschiedenen Berufsgenossenschaften betrieben, die — wie man sich fast aus jedem Bericht über die Verhandlungen der Schiedsgerichte überzeugen kann — in dieser Richtung mit erstaunder Unerfahrenheit vorgehen. Darüber wird man sich freilich nicht so sehr wundern dürfen, denn die Berufsgenossenschaften sind nach ihrer heutigen Verfassung eben reine Unternehmervertretungen. Aber sie haben es verstanden, sich für ihre Simulantenschnüffelei auch der Hilfe der medizinischen Wissenschaft zu verschern. Wir wollen hier nicht weiter über die sehr einträgliche Tätigkeit der berufsgenossenschaftlichen Vertrauensärzte reden. Dieses Institut hat sich ja so diskreditiert, daß sich die Berufsgenossenschaften mit Händen und Füßen dagegen wehren, wenn behauptet wird, daß sie überhaupt einen Vertrauensarzt haben. Es sei nur daran erinnert, daß im vorigen Jahre das Oberlandesgericht Naumburg die Gutachten eines solchen in Magdeburg sehr bekannten Vertrauensarztes als wertlos bezeichnete, weil dieser Arzt dazu neige, Unfallverletzte der Simulation zu verdächtigen. Weit bedenklicher ist es, daß sich auch Gelehrte von Ruf dazu hergeben, die Geschäfte der Berufsgenossenschaften nicht nur, sondern damit auch des großindustriellen Scharfmachertums zu besorgen.

Was ist nicht alles an Gutachten über die traumatische Neurasthenie, die Unfallneurose, in die Welt gesetzt worden. Bei gewissen Gelehrten ist jeder Unfall-Neurastheniker unter allen Umständen der Simulation, d. h. des Betrugs verdächtig. Wir erinnern hier nur an Professor Dr. Strümpell. Die Lorbeeren, die sich diese Herrchen verdient haben, lassen natürlich andre nicht schlafen. Sie reizen zur Nachfolge und so sehen wir, daß sich allmählich ein wahrer Feldzug entwickelt hat, der sich angeblich gegen die Simulanten, in seiner Wirkung aber gegen unser ganzes Arbeiterversicherungswesen richtet.

Welche Blüten dieser Feldzug zeitigt, ist aus einer Artikelserie der „Schleisschen Zeitung“ zu ersehen. Dort veröffentlicht u. a. ein Dr. H. Weicker unter der Ueberschrift „Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit“ einen Artikel, in dem er angeblich die Erfahrungen einer elfjährigen Tätigkeit in einem Volkssanatorium für Lungenkranke zum besten gibt. Er kommt dabei zu folgendem Resultat:

„Auch ich komme auf Grund der Praxis zu dem Schluß, daß eine weitere Ausdehnung der staatlichen Versicherung Gefahren für die Nation bedeutet, welche nicht kompensiert werden können, daß sogar diese Gefahren sich schon auf Grund der in Kraft stehenden Gesetze weiter entwickeln. Unsere Zeit führt das Wort Humanität im Munde, aber wie wir darin irgehen, daß wir kranke, schwache, zum Lebenskampf nicht geeignete Menschen unter Hintansetzung der Fürsorge

für Gesunde, allzu sehr schützen und damit unzweifelhaft kommende Generationen schädigen, so ist unsere soziale Gesetzgebung nahe daran, ein Geschlecht heranwachsen zu lassen, bei dem künftig nicht nur der körperliche Befund, sondern auch die jeweilige Charakterstärke zu begutachten sein wird.“

Aus dem Umstand, daß die von den Landesversicherungsanstalten den Heilstätten Ueberwiesenen fast ausnahmslos nur leicht erkrankt sind, die Selbstzahler dagegen, die sich meist aus dem kleinen Mittelstand rekrutieren, ohne Ausnahme schwerer, schließlich Weicker, daß bei den versicherten Arbeitern die Neigung besteht, jeder subjektiven Beschwerde nachzugeben, bei den letzteren dagegen gegen körperliche Anfeindungen angekämpft wird. Das im Schnapperischen Verlag in Frankfurt a. M. erscheinende „Reformblatt für Arbeiterversicherung“, eine neue, anscheinend recht gut geleitete Zeitschrift, weist Weicker nach, daß er die allereinfachsten, offenkundigsten Tatsachen ignoriert, so namentlich, daß der unversicherte kleine Mittelstand eben vielfach gar nicht in der Lage ist, eine Heilbehandlung rechtzeitig einzuleiten. Das Blatt sagt ferner ganz richtig: „Da haben nun die Ärzte und im Verein mit ihnen die Versicherungsanstalten und Kantontaxen in Wort und Schrift die Jahre gepredigt: „Geht frühzeitig zum Arzt! Nachher ist es zu spät!“ Wie häufig wird es dem Versicherten angeraten, sich alljährlich oder zweimal jährlich in bezug auf die Lungen untersuchen zu lassen, um so die Gewißheit zu haben, rechtzeitig in Heilstättenbehandlung zu kommen. Und wenn nun die Versicherten, um dem „Zu spät!“ zu entgehen, sich rechtzeitig an ihren Arzt wenden und die Versicherungsanstalten auf Grund der sorgfältigsten Ermüßigungen Heilstättenkur gewähren, dann wird es nachher übel vermerkt, „daß die Kranken jeder subjektiven Beschwerde nachzugeben geneigt sind“.

Ähnliche Ansichten wie Weicker vertritt — und zwar gleichfalls in der „Schleisschen Zeitung“ — Professor Dr. Düncke-Kiel. Dieser Gelehrte vertritt die Anschauung, daß Arbeiterversicherungsgesetze auf den Charakter der Arbeiter schwächend und demoralisierend wirken. Bei vielen Unfallverletzten spiele die Rentenausicht von vornherein eine Rolle und sie gewinne um so mehr an Gewicht und Bedeutung, je länger die Wiederherstellung sich hinziehe. Früher auf sich selbst angewiesen und nur die Genesung als Ziel im Auge, denke jetzt jeder Verletzte sofort auch an die Hilfe, auf die er ev. Anspruch habe. Das schwäche seine Selbstständigkeit und Energie, das demoralisiere. Der verschlechternde Einfluß sei schon jetzt bemerkbar und werde im Laufe der Jahre immer deutlicher zum Vorschein kommen. Ganz ähnlich seien die Wirkungen des Invaliditätsgesetzes, das das Pflichtbewußtsein und das Vertrauen auf die eigene Kraft schwäche. Endlich sei es aus der Praxis der Krankenversicherung eine allgemeine Erfahrung, daß gerade die Kassemitglieder den Arzt wegen geringfügiger Beschwerden oft in überflüssiger und beharrlicher Weise in Anspruch nehmen.

Alle diese Behauptungen fallen vollständig in sich zusammen, wenn man bedenkt, daß jeder Arbeiter als Kranke, Invalid oder Unfallverletzter einen wesentlichen Verdiensteil entgang hat. So kann z. B. ein Unfallverletzter im

„künstigsten“ Falle, d. h. wenn er die Vollrente bekommt, nur zwei Drittel seines früheren Jahresverdienstes erhalten.

Gewiß gibt es Simulanten! Aber die Herren Mediziner sollten sich hüten, deswegen die große Masse der Arbeiterschaft in solcher Weise ganz ungerecht zu verdächtigen. Denn niemand hat auf dem Gebiete des Arbeiterversicherungswesens mehr „Dreck am Stecken“, wie ein gewisser Teil der Ärzte. Um da gleich mit der Krankenversicherung zu beginnen, so ist es doch eine bekannte Tatsache, daß selbst Kassen, die ihren Ärzten großes Entgegenkommen bewiesen haben, durch gewisse Ärzte schwer geschädigt werden. Diese Herren suchen sich habhaft einen großen „Kundenkreis“ heranzuziehen, daß sie ihren Kassen mehr Annehmlichkeiten und Erleichterungen gewähren können mit dem Interesse der Kasse vereinbar und mit Rücksicht auf die Herbeiführung der Heilung nötig ist. Und was die Krankenversicherung betrifft, so würde der Vertrauensarzt einer Berufsgenossenschaft, der einen Unfallneurastheniker schon von vornherein als halb überführten Betrüger behandelt, denselben Kranken ganz anders anfassen, wenn dieser etwa in einer luxuriösen gerichteten Villa läge und als gut zahlender Privatpatient zu Herrn Doktor zu sich rufen ließe. Im letzteren Falle würde wohl nichts von dem sonst üblichen Simulantengefächel. Sondern der Herr Doktor würde sich bemühen, den „schönen Fall“ recht gründlich zu fruktifizieren. Daß solche Fälle möglich sind, wird niemand bestreiten. Und genau genommen, ist eine solche Praxis auch eine Gewissenlosigkeit und wer recht pharisäerhaft veranlagt ist, der kann dann — um eine Versicherung Professor Dünckes zu gebrauchen — sagen: „Der Betrug wird in gewissen Kreisen mode und verliert seinen Matel.“ Denn entweder ist von diesem Arzt der Kranke betrogen oder der Reiche.

Die Mediziner haben also gar keine Ursache, sich als Splitterrichter über die Arbeiter aufzutun, weil es unter diesen auch einige Ungerechte gibt, genau wie unter den Ärzten. Aber gegen dieses Treiben der Simulantenriechei — es sei ausdrücklich betont, daß an diesem Treiben sich nur ein Teil der Ärzte beteiligt — muß von allen Freunden einer gesunden Sozialpolitik energisch Front gemacht werden. Denn diese Hege dient nur den Interessen des großen Unternehmertums, das sich auch noch von seinen geringen sozialpolitischen Verpflichtungen wegschrauben und den Arbeiter vollends zum recht- und willenlosen Lohnslaven herabdrücken möchte. —

Aus der Parteibewegung.

Unser Elberfelder Parteiorgan, die „Freie Presse“, wird seit dem 1. Januar in der eignen Druckerei hergestellt. Das Blatt erscheint nunmehr mindestens 8 Seiten stark täglich, neue Typen sind angeschafft und eine 16 seitige Rotationsmaschine, der eine achtfache Reserve beigegeben ist, besorgt den Druck. Die Druckerei hat im Unterkommen in einem neu erbauten, eignen Hause gefunden, das in bevorzugter Lage errichtet worden ist und sehr splendid eingerichtet ist für Redaktion, Expedition, Druckerei usw. und eine Anzahl Wohnungen enthält. Unser Elberfelder Parteiorgan hat mit dieser Erweiterung des Betriebs im eignen Heim einen bedeutsamen Schritt zu weiterer erfolgreicher Entwicklung getan. Das Blatt würdigt ihn in einem Artikel, der auf die Geschichte des Organs der Elberfelder Sozialdemokratie eingeht und schildert, wie aus kleinen Anfängen die „Freie Presse“ zu

Feuilleton.

Abdruck verboten

Ich bekenne!

Die Geschichte einer Frau. Von Klara Müller-Sahule. (20. Fortsetzung.)

Ich ging also zu Leonhard u. Herrig. Das Herz schlug mir gewaltig, als ich die tapferebetreten Stufen hinaufstieg und meine Hand fast ehrfürchtig über das weiche Nüschelpolster des Sessels gleiten ließ. Alles war reich und prächtig. Leonhard u. Herrig waren Hostienherren, und Herr Leonhard hatte überdem vor kurzem eine Millionärstochter geheiratet.

Nunze Zeit zuvor, ehe Worte ausgesprochen war. Das junge Paar befand sich noch auf der Hochzeitsreise. So kam es, daß Herr Herrig mich zu engagieren hatte. Er war ein kleiner, jäh aussehender Mensch in der Mitte der Vierziger. Die Augen tiefgelegt und scharf, das Haar ergraut und gelichtet, der Bart glatt weggerasiert. Die Stimme ohne irgendwelchen Klang.

„Ah! Das Fräulein vom Heimrathaus. Nun, Sie wissen Bescheid, nicht wahr? Sie haben zu arbeiten von acht bis acht Uhr. Zwei Stunden Mittagszeit; Sonntags haben Sie zu erledigen, was zu tun übrigbleibt. Sie können das auch bequemer nach acht Uhr abends machen. Das Gehalt beträgt sechzig Mark. Post. Wenn wir sehr zufrieden mit Ihren Leistungen sind, behalten wir uns ein Steigerung vor.“

Ich verneigte mich jähewend. Der Empfang erschien mir nicht sehr ermutigend. Ich hatte eigentlich die Absicht gehabt, eine bestimmte Forderung auf Gehaltserhöhung zu verlangen; nun aber war mir die Kehle wie zusammengepreßt.

Herr Herrig nahm mein Schweigen für glatte Bejahung. Er öffnete die Tür mit einer leichten Handbewegung, ging schweigend die Prachtstiege hinab, um mich ins Kontor zu führen und mir meinen zukünftigen Wirkungskreis zu zeigen, und ich folgte ihm in ziemlich gedrückter Stimmung. Auf der rechten Seite des unteren Korridors befand sich der Laden, das heißt: ein großes, elegant eingerichtetes Verkaufszimmer,

in dessen breiten Schaufenstern die neuesten Tapetenmuster ausgestellt waren. Verkauf wurde dort nur wenig, weil der Geschäftsbetrieb ein gros eingerichtet war und die Bestellungen zum größten Teil schriftlich einliefen. Hinter dem Laden, nach dem Hote zu, lag das Kontor, und an dieses wieder schlossen sich zunächst das Zimmer des Winterzeidners und die Expeditionsräume an.

Das Kontor, so einfach eingerichtet wie irgend möglich, — die Fenster vorhanglos, weil nach Norden gelegen, — war durch eine hölzerne Barriere in zwei Teile geschieden. Rechter Hand an dem dreieckigen Fenster stand ein großer, flacher Schreibtisch mit unzähligen, von Papieren und Mustern besetzten Schächern. Papier und wieder Papier, auch kleine Leinenbeutelchen, mit Farbstoffen gefüllt, lagen über der grün beschlagenen Platte verstreut. Auf dem Drehtisch vor dem Schreibtisch sah eine große, elegant gekleidete Dame mit einem interessanten, energischen Gesicht, die meinen schichternen Gruß freundlich erwiderte, wobei sie mich einen Augenblick wie musternd anschaute, und dann, ohne sich weiter in der Arbeit stören zu lassen, fortfuhr, die vor ihr aufgestaute Korrespondenz zu erledigen. Ihr im Rücken lehnte an einem hart an die Barriere gedrängten Stehpult ein junger blonder Mann von hünenhafter Statur. Mir schien es, als sei Sigurd Drachentöter aus Walshall, wohin er trotz seines guten Christenglaubens schließlich doch gekommen ist, feilhaftig herabgestiegen und habe am Kontorpult der Tapetenfabrik von Leonhard u. Herrig in Berlin eine Stellung angenommen.

Wichtig und breit, mit rotblonden, über die Brust herabwallendem Vollbart, mit leuchtend blauen Augen lebhaft um sich blickend — so stand er da in all seiner herausfordernden Kraft: Julius Leonhard, des Fabrikbesizers jüngerer Bruder, den dieser eingefangen hatte, um mit brüderlicher Liebe und häuslicher Routine den Löwen zu händigen und den Stimmelfürmer zu einem ehrlichen Geschäftsmann zu erziehen.

Und der junge Siegfried streckte mir mit einer Gebärde herzgewinnender Liebenswürdigkeit die Hand entgegen. Um seine Mundwinkel zuckte der Spott, als er laut und lebhaft sagte: „Ich heiße Sie in diesen geheiligten Räumen will-

kommen, kleines Fräulein, und proponiere Ihnen, gute Kameradschaft mit mir zu halten. Ich bin nämlich der Löwe des Kontors: Maler von Geburt und Kaufmann von Beruf. Wer mir nicht gut tut, den freiß ich. Zurzeit fange ich Federhaken.“

Stam wirklich ein Sonnenstrahl über den ideo Hof und durch die vorhanglosen Scheiben hindurchgestrahlt? — Wertigens war in dem düstern, von einem eigentümlich beizenden Farbgeruch erfüllten Raum ein helles Lachen erklingen, und dieser Laut des Lebens ermutigte mich, trotz der mißbilligenden Mienen des Chefs, aufkeimenden Vertrauens voll meine Hand in die dargereichte Löwenpranke hineinzu legen.

„Hier also, Fräulein.“ Damit lenkte Herr Herrig meine Aufmerksamkeit auf den mit gebührenden Platz, hier werden Sie arbeiten. Fräulein Gintzer wird die Freundlichkeit haben, Sie nach erfolgtem Eintritt mit Ihren Obliegenheiten bekannt zu machen.“

Fräulein Gintzer nickte kurz, ohne sich weiter nach mir umzuwenden. Ihr schien an Herrn Herrigs Wohlwollen nicht mehr sonderlich viel gelegen zu sein. Ich mußte tief aufatmen, — wieder legte sich die Luft eifig und beklemmte mich auf die Brust.

Jenseits der Barriere standen hochaufgestapelte Tische, an denen bei denen zwei junge Leute herumhantierten. Am Sonnabend abend wurden, wie Fräulein Gintzer mir erklärte, die Ballen sämtlich fortgeräumt, weil die Arbeiter an der Barriere von der Buchhalterin ... ausbezahlt erhielten.

Unser Besuch im Kontor war bald beendet. Herr Herrig entließ mich im Korridor mit einem kurzen Abschiedswort, indem er als den Tag meines Eintritts den 20. März festsetzte.

Ich erhielt auch ohne Prüfung ein vorläufiges brillantes Zeugnis, die Nummer Eins. Der Abschied von meinen Lehrern, die ich lieb gewonnen hatte, fiel mir schwer. Aber ein gewisser Stolz auf die leicht erlangene Stellung machte mir den Übergang von der Schule in einen verantwortlichen Beruf zu einer Art von Triumphzug. Alle meine Kameradinnen beneideten mich.

(Fortsetzung folgt.)

dem geworden ist, was sie heute darstellt. Begründet wurde sie im Dezember 1885 in sozialistischer Richtung. Die 18. Nummer vertrat aber schon der Beschlagnahme, worauf das Blatt ganz verboten wurde. Da die gegen das Verbot eingelegte Beschwerde aber Erfolg hatte, beschloß eine öffentliche Versammlung im März 1886, das Blatt weiter erscheinen zu lassen. Seitdem besteht es, erst nach Kräfte ausnahmsweise, dann gewöhnlich beschränkt. Das Blatt enthält in den ganzen vier Jahre fünf Monate und sieben Tage Gefängnis und 495 Mark Geldstrafe.

Schwinder. Ein gewisser Jarosch sucht Genossen zu brand-schagen unter der Vorgabe, daß er gemäßigter österröcherischer Eisenbahner sei. Er verfuhr zunächst in Schlefien sein Ziel. Auf Er-kindigung teilte die Redaktion der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ mit, daß die flotten Erzählungen Jaroschs frecher Schwindel sind. Vor dem Richter sei gewarnt.

Mit Strafanträgen sucht jetzt Poddzielski die Fleischnot an der Welt zu schaffen. Genosse P., der selber in Dortmund tätig war und jetzt in Leipzig wohnt, soll in einer Rede, die er am 3. September 1905 in Wanne in Sachen der Fleischnot gehalten hat, sich einer Verleumdung Poddzielstis schuldig gemacht und zu Gewalttätigkeiten aufgehetzt haben. Vor einigen Tagen hatte er in der Sache eine lange Vernehmung.

Soziales.

Bundesrätliche Verlängerung der Kinderarbeit. Das am 1. Januar 1904 in Kraft getretene Reichsgesetz betr. Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben vom 30. März 1903, ermächtigt im § 14 den Bundesrat, für die ersten zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes für einzelne Arten solcher Werkstätten, in denen nicht bloß vorübergehend durch elementare Kraft bewegte Liebewerke zur Verwendung kommen, Ausnahmen zuzulassen. Diese Ausnahmen sind vom Bundesrat unter dem 17. Dezember 1903 und 11. Juli 1904 veröffentlicht. Sie kommen nach dem Kinder-schutzgesetz und nach einer gestern im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlichten Bekanntmachung des Reichsanzalters vom 20. Dezember 1905 mit Ablauf des 31. Dezember 1905 in Fortfall. Wühin ist vom 1. Januar 1906 ab die bislang noch bundesrätlich genehmigte Beschäftigung der eigenen Kinder mit dem Spulen auch an Maschinen, die bislang für den Regierungsbezirk Düsseldorf in Werkstätten der Bandweberei, für die Kreisbauhauptmannschaften Waagen und Chemnitz sowie für den badischen Kreis Waldshut in Werkstätten der Land- und Stoffweberei gestattet war, durchweg verboten.

Der § 14 des Kinder-schutzgesetzes gestattet ferner dem Bundesrat Ausnahmen von dem Verbot einer Beschäftigung eigener Kinder unter 10 Jahren für bestimmte Werkstätten ohne Motorbetrieb zuzulassen. Auf Grund dieser Ermächtigung hatte der Bundesrat unter dem 17. Dezember 1903 und 11. Juli 1904 die Arbeit in bestimmten Werkstätten unter der Bedingung bis zum 31. Dezember 1905 gestattet, daß die beschäftigten Kinder am 1. Januar 1904 das achte Lebensjahr vollendet haben müssen. Der Bundesrat hat, wie seine im „Reichs-Anzeiger“ jetzt veröffentlichte Bekanntmachung vom 20. d. M. ergibt, von neuen Ausnahmen von dem Kinderbeschäftigungs-Verbot erlassen. Die neue Bekanntmachung gestattet nicht mehr die Beschäftigung von acht-jährigen, wohl aber die Beschäftigung von neun-jährigen Kindern in bestimmten Werkstätten. Ein Vergleich des Verzeichnisses dieser Werkstätten mit dem zurzeit in Kraft stehenden ergibt, daß der Bundesrat das bestehende Verzeichnis um eine Nummer vermehrt, im übrigen die Anzahl der Werkstätten, in denen eigene Kinder unter zehn Jahren beschäftigt werden dürfen, etwas vermindert hat.

Die Vermehrung betrifft die Ausdehnung der gestatteten Arbeit in Werkstätten mit Verfertigung von Spielwaren und anderen Gegenständen aus Metall (Anhängen von Gabeln, Anhängeln usw. an fertig gestellten Uhrketten aus Eisenblech, Anhängen der Ketten an Uhren, Aufnahmen der Uhren auf Kartons, Einlegen in Kartons) auf die Eisenhauptmannschaft in Württemberg in Sachsen. In Fort-fall soll von den bisher für eigene Kinder gestatteten Arbeiten allgemein kommen; die Silber- und Goldbrachzähneerei (die bislang für Mittel- und Ostpreußen gestattet war), die Hüttelei und Siederei (für Bayern, Württemberg, beide Meckl. und den Regierungsbezirk Pots-dam — Westfalen und Aufleben von Hausfegen — zurzeit noch gestattet), die Verfertigung von Holzspielzeug (bislang in West-fenburg gestattet), die Herstellung von Vogelbauern (bislang in Oepeln, Hannover, Minden, Ober- und Unterfranken gestattet),

Verfertigung von Kuppen (bislang in Sonneberg, Eisfeld und den beiden Schwarzburg gestattet), Verfertigung von Korsetts (bislang für Sebnitz gestattet) und die Schuhmacherei (bislang für die Oberämter Balligen, Spaichingen und Tuttlingen noch gestattet). Weiter bleiben danach noch 18 Werkstätten, in denen nach wie vor die gewerbliche Arbeit eigener Kinder unter 10 Jahren gestattet bleibt. Die Bezirke, in denen die hier auch zulässige Kinderarbeit gestattet ist, sind gegenüber dem bestehenden Zustande vermindert.

Die neuen bundesrätlichen Ausnahmen von dem Kinderarbeitverbot sollen bis zum 31. Dezember 1908 in Kraft bleiben. Das bisherige Kinder-schutzgesetz, das das Gesetz enthält, ist dem wiederum zum Teil auf zwei Jahre hinausgeschoben. Das nennt sich Sozialreform.

Das ganze Geld der Heimarbeit wird auf einer Heim-arbeits-Ausstellung, die die Heimarbeiterrinnen-Organisation und der christliche Schneiderverband in M.-Gladbach arrangiert haben, gezeigt. Durch diese Ausstellung sollen der Deffektivität die niedrigen Löhne vor Augen geführt werden, die für die Heimarbeit gezahlt werden. Dort ist ausgestellt eine Ledertasche, an der ein guter Arbeiter 3½ Stunden zu tun hat. Als Lohn wird 70 Pf. gezahlt, doch muß der Arbeiter Garn, das 8 Pf. kostet, selbst stellen. Eine Frauenschneiderei, zu deren Herstellung ¼ Stunden gebraucht werden, wird mit 10 Pf. gelöhnt! Das Garn, welches von den Arbeiterinnen bezogen werden muß, kostet 2 Pf. Für ein ganzes Duzend Unterröcke werden 45 Pf. gezahlt; davon gehen aber noch 9 Pf. für Garn ab. Ein Kinderanzug, fig und fertig, wird mit 65 Pf. bezahlt; von diesem „hohen“ Lohn gehen noch 5 Pf. für Garn ab. Die ausgestellten Gegenstände werden der Allgemeinen Ausstellung für Heimarbeit in Berlin, die im Januar nächsten Jahres eröffnet werden soll, zugeteilt werden. — Und wenn die so jämmerlich entlohnerten Arbeiter und Arbeiterinnen sich rühren, um eine bessere Lebenshaltung zu erringen, dann fällt die ganze Ordnungsmacht über sie her und zerschmettert über die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter.

Statistisches über die Einkommensteuer-Veranlagung.

Nach der soeben im königlichen Statistischen Landesamt abgeschlossenen preußischen Einkommensteuer-Statistik betrug

im Steuerjahre	die Gesamtzahl der Jenfiten	deren steuerpflichtiges Reinkommen Mark	deren Einkommensteuer Mark
1892	2,437,886	9,981,397,632	124,842,948
1904	4,133,539	9,470,693,573	191,230,947
1905	4,392,216	10,020,820,472	201,768,879
1905 gegen 1892	+ 80,2%	+ 68,1%	+ 61,6%
1904	+ 6,3%	+ 5,8%	+ 5,5%

Seit der erstmaligen Veranlagung im Jahre 1892 hat sich hiernach die Jenfitenzahl schon um etwas über vier Fünftel, das steuerpflichtige Einkommen um mehr als zwei Drittel, und die Steuer um über drei Fünftel vermehrt. Es betrug bei den physischen Einkommensteuer-Jenfiten:

Mit Einkommen von	Zahl	Proz. der Bevölkerung	Einkommen durchschn. Mill. M.	Steuer durchschn. Mill. M.
über 900 bis 3000 M.	1892 2,118,989 1904 3,651,121 1905 3,989,171	7,1 10,2 10,7	2,912,0 4,895,1 5,209,3	32,8 53,5 56,8
über 3000 M.	1892 316,889 1904 479,835 1905 501,437	1,1 1,3 1,4	2,792,3 4,227,6 4,459,3	8,2 124,1 131,2
über 900 M. insgesamt	1892 2,435,858 1904 4,130,956 1905 4,390,608	8,1 11,6 12,1	5,704,3 9,123,7 9,668,6	114,8 177,6 188,0

In beiden Haupteinkommensgruppen ist mithin im Berichtsjahr die Jenfitenzahl nicht nur überhaupt, sondern auch im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung gestiegen. Auch die Einkommens- wie Steuersumme hat insgesamt wie

gruppenweise zugenommen, dagegen Durchschnittseinkommen und Steuer nur bei den Jenfiten mit Einkommen von mehr als 3000 Mark, während bei denen mit Einkommen von über 900 bis 3000 Mark im Durchschnitt das Einkommen zurückgegangen, die Steuerleistung aber unverändert geblieben ist.

Die „beranlagte Bevölkerung“, d. h. die Zahl der Jenfiten mit Einschluß der Angehörigen, bezifferte sich im Berichtsjahr auf 38,3 Prozent der Gesamtbevölkerung gegen 37,1 im gleichen Jahre 1904 und 29,8 im Jahre 1896, insbesondere in den Städten auf 49,0 bzw. 47,6 und 37,3, auf dem Lande auf 29,7 bzw. 28,7 und 23,5 Hundertteile der dortigen Bevölkerung überhaupt. Berücksichtigt man auch die nach den § 18 und 19 des Einkommensteuergesetzes festgestellten mehr ihren Angehörigen, so machte die Schicht der an einem Einkommen von mehr als 900 Mark beteiligten Personen im Jahre 1905 43,5, im Jahre 1904 42,3 und im Jahre 1896 32,8 Prozent der gesamten Bevölkerung, insbesondere bereits 54,0 bzw. 52,8 bzw. 41,5 Hundertteile der städtischen und 35,0 bzw. 34,0 und 26,9 Hundertteile der ländlichen Bevölkerung aus.

Wenn die Zahl der zur Steuer Herangezogenen wesentlich gestiegen ist, so ist das alles andre, nur kein Beweis für die Zunahme des Wohlstandes. Es wird ja auch festgestellt, daß das Durchschnittseinkommen in der großen Gruppe derjenigen, die zwischen 900 und 3000 Mark Einkommen haben, zurückgegangen ist. Das ist eine sehr beachtenswerte Tatsache angesichts der Fleischnot, der bevorstehenden Teurungen infolge des Inkrafttretens des Zolltarifs am 1. März 1906, der Flottentreiberei der Marinefeste und der angefündigten neuen Bier- und Tabaksteuern! —

Gewerkschaftsbewegung.

Die Aussperrung der Werftarbeiter auf der Neptunwerft in Rostock dauert fort. Die Arbeiter-schaft ist zu mehr als 80 Prozent organisiert und hat sich auf den Kampf vorbereitet. Niemand kann wissen, wie der Kampf endet. Die Chancen für die Arbeiter sind gut, und daher sehen diese, gestützt auf ihre Organisation, in aller Ruhe der weiteren Entwicklung entgegen. Die Werftleitung kündigt an, daß sie die Werft zur Arbeitsaufnahme öffnen werde; sie erjudt alle unorganisierten Metallarbeiter und Schiffbauer, die Arbeit aufzunehmen. Damit ist jetzt endgültig festgestellt, daß die Betriebsleitung der „Neptunwerft“ ihre früheren Behauptungen, es handle sich nicht um eine von ihr beabsichtigte Eskalation des Konfliktrechts ihrer Arbeiter, nicht mehr aufrechterhält, sondern daß sie die Aussperrung in der Tat beabsichtigt, um den Tarifvertrag und damit auch die organisierten Arbeiter auf der Werft loszuwerden. Die ganze Aktion ist demnach auf die Zerstückelung der Arbeiterorganisation gerichtet. Deswegen möge kein Metallarbeiter oder Schiffbauer nach Rostock gehen.

Federarbeiter. In Neuchâtel sind Differenzen ausgebrochen. Die dortigen Vorherber, welche sämtlich organisiert sind, wurden überrascht durch einen Lohnabzug von 25 Prozent. Außerdem wurde Austritt aus der Organisation verlangt. — In Frankreich wurde von den Weißgerbern die Forderung des zehnjährigen Arbeits-tags wieder aufgenommen. Wie bekannt unterlagen dieselben im September v. J. nach 19wöchigem Streik. Nach beiden Dingen ist Zugung fern zu halten. —

Der schlächte Mann aus der Werkstätte vor dem liberalen Oberbürgermeister.

Ein geradezu skandalöser Vorfall, so wird der „Leipziger Volkszeitung“ geschrieben, hat sich auf dem Rathaus in Breslau ereignet. Eine äußerst stark besuchte Versammlung der Ge-

Von den Himmelserscheinungen im Januar.

Von Georg Paschner in Bremen.

[Nachdruck verboten.]

Wir stehen wieder an der Schwelle eines neuen Jahres! — Obwohl der Himmel einst für die Festlegung dieses Datums herhalten mußte, hat doch der 1. Januar astronomisch gar nichts zu bedeuten. Auch diesmal ist das so, denn der letzte wichtigere astronomische Zeitpunkt, Wintersanfang am 22. Dezember, ist längst vorüber, ein nächster fällt erst auf den 8. Januar. Dann befindet sich nämlich die Erde bei ihrem Umlauf um die Sonne in der größten Sonnennähe und ist der Sonne rund 5 Millionen Kilometer näher als im Sommer. Das erscheint paradox (wider-sinnig), denn ist nicht die Sonne die Quelle all unsres Lebens auf der Erde? Haben nicht gerade wir immer und immer wieder in diesen Spalten diese Wahrheit gepredigt? Sind wir der Sonne also näher, so müssen wir im Winter natürlich doch auch mehr Wärme von ihr erhalten als im Sommer, wo wir ja 5 Millionen Kilometer weiter von ihr entfernt sind! — Das ist alles ganz richtig, und für die Erde im ganzen genommen trifft das auch zu. Die Erde empfängt im Winter auch tatsächlich ein wenig mehr Wärme als im Sommer, nur müssen wir bedenken, daß nach der nördlichen Erdhälfte Winter, auf der südlichen Seite im Sommer herrscht. Wir haben das früher schon des näheren erörtert und wollen nur daran erinnern, daß die schiefe Stellung der Erdachse die Hauptursache ist. — Mit der Winter-sonnennähe am 22. Dezember v. J. haben wir astronomisch den Höhepunkt der kalten Jahreszeit überschritten; die Sonne hat ihren höchsten Stand am Himmel erreicht und steuert nunmehr nach der Richtung des Wendekreises des Steinbocks in ihrer scheinbaren Bahn wieder dem Norden zu. Meteorologisch aber bricht nun erst der rechte Winter ein, wenn die eifrigen Schneefälle durch das Land gehen. Immerhin ist die Zunahme der Tageslänge doch schon merklich. Am Mittag des Neujahrstages erstreckt sich das Tagesgestirn nur bis zu einer Höhe von 14½ Grad, am 31. Januar steigt es 6 Grad höher empor. Der Sonnenan-gang erfolgt am ersten Tage des Jahres gegen 8¼ Uhr, am 31. Januar bereits um 7¼ Uhr; der Sonnenuntergang findet am 1. Januar kurz vor 4 Uhr, am letzten Tage des Monats erst gegen 4½ Uhr statt. Der Aufgang des Tagesgestirns erfolgt deshalb von Tag zu Tag um eine halbe Minute früher, sein Untergang um 1½ Minuten später, so daß die Zeit, während der die Sonne über unserm Horizont verweilt, täglich um 2 Minuten zunimmt. Gegen Ende des Monats dauert dann der Tag bereits eine volle Stunde länger als zu Neujahr.

Von den Fixsternen, zu deren Betrachtung gerade die langen und bei uns auch meist kernklaren Januarnächte einladen, finden wir in den Abendstunden das wohlbekannte Bild des großen Wärens im Nordosten. Daran schließt sich nach Norden zu der kleine Wäer und der Drache. Im Nordwesten glänzt am Horizont Wega in der Leher, und etwas höher am Himmel Denob im Schwan. Zwischen dem Leheren und dem Polarstern steht der Cepheus, im Westen das ausgedehnte Bild des Pegasus und über ihn die Andromeda. Zwischen der Leheren und dem Polarstern finden wir die Kassiopeja mitten in der Milchstraße, die ihren schimmernden Bogen quer über den Himmel spannt. Im Südwesten stehen die beiden Tierkreisbilder Widder und Fische, tiefer am Horizont der Walfisch. Im Süden, Südosten und Osten ist die glänzende Region des Himmels vor unsern Augen heraufgezogen: Hier finden wir das Bild des Stieres mit dem Aldebaran und den Plejaden, die sich wie eine lichte Wolke vom Dunkel des Himmels abheben. Hoch am Himmel funkelt die Kapella im Bild des Fuhrmanns, und darunter haben wir das prächtige Sternbild des Orion. Weiter nach Osten stehen die Zwillinge Kasjor und Pollux, der Procyon und der hellste Fixstern, der Sirius. Hier erhebt sich in späterer Stunde das Bild des Löwen mit dem Regulus. — Der schon im August v. J. auf einer photo-graphischen Platte, die zu der großen photographischen Himmelsaufnahme gehörte, im Adler gefundene neue Stern, nova aquilae, ist jetzt bereits um über vier Größenklassen schwächer geworden und kann nur noch als ein schwaches Lichtpunkchen in großen Fernrohren gesehen werden. Entdeckungsgeschichtlich interessant ist es, daß diese nova aquilae wie fast alle neuen Sterne dicht bei der Milchstraße auftritt, also dort, wo eine gewaltige Zunahme der Sternfülle stattfindet.

Der am 17. November v. J. in der Nähe des Himmelspols im Sternbild des Cepheus von Schaeer auf der Genfer Stern-warte entdeckte Komet, der zweite im Jahre 1905, gleich am Tage der Entdeckung am Helligkeit einem Stern 7. Größe und zeigte eine runde Kometenköpfe. Er hatte eine außerordentlich rasche Bewegung und entfernte sich bereits im Zeitpunkt seiner Entdeckung wieder von der Erde. Das ging um so schneller, als der Komet entgegengehebt zur Erde läuft, sich uns also sehr schnell näherte, aber auch ebenso schnell sich entfernte. Am 17. November war er nur 35 Millionen Kilometer von uns entfernt, am 10. Dezember 120 Millionen Kilometer, wie eine Berechnung seiner Bahn anzeigt. Der Komet hat eine parabolische Bahn, er kehrt also nicht wieder in unser Sonnensystem zurück, sondern verschwindet im endlosen Weltall ebenso spurlos wie er erschienen. Von Schwärmern war bei dem Kometen nichts zu bemerken.

Von den großen mit bloßem Auge sichtbaren Planeten erstreckt für längere Zeit eigentlich nur Jupiter am nächst-liehen Himmel, und zwar noch fast die ganze Nacht im Sternbild des Stieres, Anfang des Monats 11¼, am Ende noch 9 Stunden. Am 6. Januar kommt er in die scheinbare Nähe des Mondes. — Auch Saturn ist anfangs noch 3 Stunden des Abends vor seinem Untergang im Südwesten im Sternbild des Wassermannes zu sehen, doch nimmt die Dauer der Sichtbarkeit schnell ab, und beträgt am Ende des Monats nur noch ¼ Stunden. Am 26. Januar steht er in scheinbarer Nähe des Mondes und kann dann leicht aufgefunden werden. — Mars ist des Abends 3¼ bis 3 Stunden vor seinem Untergang im Westen im Stern-bild des Wassermanns zu sehen. — Die Venus ist nur in den ersten Tagen des Monats auf sehr kurze Zeit am Morgen sichtbar, der Merkur bis Mitte des Monats am Morgen im Süd-osten, anfänglich ¼ Stunde lang.

Zur Beobachtung des Mondes bleiben im Januar nur die erste Woche und die letzten Tage übrig.

Der Perseiden-Sternschuppen-Schwarm, der in den Tagen vom 8. bis 12. August eintreffen sollte, ist von Herrn Santifaller in Kastelruth (Tirol) beobachtet worden. In den sechs Tagen vom 8. bis 14. August beobachtete er von 9 Uhr abends zweimal bis 4, einmal bis 3 Uhr morgens und dreimal bis 12 Uhr nachts und zählte im ganzen 510 Meteore. Das Maximum fällt auf den 12. August, an welchem Tage in drei Stunden 158 Meteore gesehen wurden. Unter den 510 Meteoriten befanden sich 58 Feuer-fugeln. — In Heidelberg ist es neuerdings gelungen, die Höhe einer Sternschnuppe auf photographischem Wege zu bestimmen. Bei gleichzeitigen Sternaufnahmen kreuzte dieselbe Sternschnuppe das Beobachtungsfeld der beiden etwa 32 Meter voneinander abstandenen photographischen Fernrohre; daraus ließ sich die Höhe jenes Meteorits zu 90 Kilometer bestimmen, und zwar bis auf wenige Kilometer genau. Durch die Beobachtung der leuchtenden Nachtwolken ist die Höhe der optisch wirksamen Luftschichten in unserer Atmosphäre zu etwa 80 Kilometer gefunden worden. Mechanisch wirksam ist also die schon außerordentlich feine Luft in den 80 bis 100 Kilometer hohen Schichten, und nach dieser Beobachtung ist zu vermuten, daß solche Wirksamkeit noch viel höher hinauf, bis ungefähr 200 Kilometer, reicht. Für die Gestaltung des Wetters sind allerdings nur die untersten Schichten bis zu etwa 10 Kilometer maßgebend. Dort herrscht ein mittlerer Luftdruck von etwas über 200 Millimeter, am Erdboden von 760 Millimeter, während bereits in 50 Kilometer Luftöhe nur noch ein Druck von ein Zehntel Millimeter vorhanden sein kann. —

meindarbeiter hatte kürzlich eine Petition an die Stadtverwaltung beschließen, durch die um eine Zeugnisszulage für alle städtischen Arbeiter gebeten wurde. Es war eine Deputation gewählt worden, die dem Oberbürgermeister die Wünsche der Arbeiter unterbreiten sollte. Diese Deputation ist nun vom Oberbürgermeister Bender am Tage vor Silvester in Audienz empfangen worden — aber wie! Daß der Sekretär des Verbandes zu den Verhandlungen nicht zugelassen wurde, ja nicht einmal als Zuhörer teilnehmen durfte, nimmt sich für ein „freisinniges“ Stadtoberhaupt an sich schon recht nett aus, es berührt aber nicht besonders, ist man doch nachgerade daran gewöhnt, daß „freisinnige“ Männer sich von den ärgsten Scharfmachern in nichts mehr unterscheiden. Im übrigen aber hatte sich der Oberbürgermeister mit einer ganzen Schar von Magistratsmitgliedern und den höchsten Vorgesetzten der Arbeiter umgeben. Außerdem waren eine ganze Anzahl der noch „zufriedenen“ Arbeiter aus den verschiedenen Betriebswerken als Zuhörer zu der Audienz kommandiert worden, wo ihnen der Oberbürgermeister ein soziales Drama von gewaltig aufreizender Wirkung vorführte. Die von der Deputation in der allerbescheidensten Form vorgetragene Arbeiterwünsche wurden schroff abgelehnt. Am Schlusse wandte sich der Oberbürgermeister dann noch einmal an die beiden Arbeiter, die während der Verhandlungen das Wort geführt hatten mit der Bemerkung: „Sie, Mohaupt und Reichelt, müssen doch zurückdenken. Sie sind doch beide schwer bestraft,“ womit gesagt sein sollte, daß sie eigentlich in städtischen Betrieben gar nicht beschäftigt werden sollten, und froh sein müßten, daß man sie überhaupt dulde. Reichelt erwiderte: „Im Dienst noch nicht, Herr Oberbürgermeister.“ Der Oberbürgermeister: „Im Dienst nicht, aber in Privat.“ Reichelt: „Es tut mir leid, Herr Oberbürgermeister, daß Sie mir das hier öffentlich vorhalten.“ Daraufhin wurde Reichelt vom Oberbürgermeister persönlich auf der Stelle entlassen und dieser ordnete die sofortige telephonische Mitteilung davon an das betreffende Betriebswerk (Gasanstalt) an.

Reichelt war 14 Jahre lang von der Stadt beschäftigt und hat sich während dieser Zeit weder in noch außer Dienst auch nur das allergeringste Zuschüden kommen lassen. Er ist Gemeindegerechtigter. Inwieweit er im Betriebe schwer verunglückt. Am Weihnachtstage erst hat er 24 Stunden hintereinander auf dem verantwortungsvollsten Posten des Gaswerks gearbeitet. Seine Strafe liegt 24 Jahre zurück, also um zehn Jahre länger, als seine Beschäftigung bei der Stadt dauert. Sie bestand aus 14 Tagen Gefängnis wegen Unterschlagung; es handelt sich um eine Unmündigkeit, die er als junger Mann von 20 Jahren verübt hatte. Das gerät nun ein, wohlgemeint „liberales“ Stadtoberhaupt öffentlich aus, um Nachse an der ihm unangenehmen Organisation zu nehmen!

Diese allerliebste Silbestergeschichte aus der göttlichen Weltordnung spricht für sich und durch sich. Bemerkte sei nur noch, daß der in solcher Weise plöcklich gemachte H., der ein sehr rühriger und besonnener Genosse ist, jetzt vom Verlag der „Volksmacht“ als Kolporteur und von seiner Gewerkschaft als Beitragskassierer angestellt werden wird. So hat der Breslauer Oberbürgermeister wider Willen durch seinen Streich einen Kämpfer gegen die kapitalistische Weltordnung, der bisher mehr im stillen wirken mußte, in das vorderste Glied der Streiter gebracht.

Provinz und Umgegend.

Zur Stadtverordnetenwahl in Burg.

Aus eigener Kraft!

Immer näher kommt der Tag, wo die Arbeiter gründlich mit den Bürgerlichen abrechnen werden. Immer näher der Moment, wo das letzte Stündlein derselben geschlagen hat. Und das mit Recht! Denn genug, übergenug haben sie auf dem Kerbholz, als daß sie noch einmal ihre Vertreter ins Stadtparlament senden könnten: Die Arbeiter haben ihre Heidentaten nicht vergessen. Das mögen sich diese Herren merken. Die Arbeiter werden in solchen Massen zur Wahl gehen und durch Abgabe ihrer Stimmen für die Kandidaten der Arbeiterklasse in so bederter Weise gegen die Behandlung seitens dieser Bürgerlichen Protest erheben, daß ihnen ein für allemal die Luft vergeht, die Arbeiter als minderwertig zu behandeln. Denn die dritte Klasse muß und gehören, koste es was es wolle. Darum ist jeder Arbeiter verpflichtet, unter allen Umständen zur Wahl zu gehen, und wer das nicht tut, dem ist jede ehrliebe Ueberzeugung abzuschreiben. Aber nein! So weit darf es nicht kommen. Die Arbeiter Burg werden nicht zugeben, daß wieder Leute gewählt werden, die einer Partei angehören, die jedes politischen Unfahrigkeits bar ist. Sie werden es nicht zugeben, daß wieder Vertreter gewählt werden, deren Partei als „Volkspartei“ sich nicht entscheidet, bei allen Wahlen mit den Reaktionären Hand in Hand zu gehen, nur um die Arbeiter zu knebeln und zu entrechteten. Was tun die Bürgerlichen, wenn sie Versammlungen einberufen? Sie weisen auch als Arbeiter, als Sozialdemokraten die Tür, weil sie zu feig sind, in ehrlicher, offener Redeschlacht Rede und Antwort zu stehen! Sie geben dann als „anständiger“ Gegner in ihren Annoncen bekannt: „Sozialdemokraten sind ausgeschloffen.“ Wahrlieh, sie fürchten, ihnen würde die Nase vom Gesicht gerissen und ihr wahres Antlitz enthüllt. Ihr Gewissen ist nicht rein, sonst bräuchten sie sich als Männer, die ihre Handlungsweise verantworten können, nicht feig hinter verschlossene Türen zu flüchten, um hier dann über die Arbeiterklasse herzugreifen. Wollt ihr euch dies gefallen lassen? Nein! Nun denn: Euch wollen die Bürgerlichen nicht in ihren Versammlungen haben, und ihr wollt nicht, daß in der dritten Abteilung Bürgerliche sitzen. Hinaus mit ihnen! Ziel zu lange habt ihr euch von diesen eine Behandlung gefallen lassen, die unwürdig ist eines fortgeschrittenen Arbeiters. Holt den letzten Mann heran an den Wahltag! Niemand darf sich der Stimme enthalten. Sorgt dafür, daß unsere Kandidaten:

Bildhauer Max Luinritt

Tischlermeister Gustav Stollberg

mit großer Stimmenmehrheit als gewählt am 10. Januar proklamiert werden können. Nieder mit dem Mißgeschick! Aus eigener Kraft zum Siege!

Afcherleben, 3. Januar. (Volkverein-Konzert.) Das am Silbesterabend arrangierte Konzert war sehr zahlreich besucht. Die Darbietungen der Gesellschaft Strazlewski befriedigten in vollem Maße. Alle politischen Ereignisse der Neuzeit wurden in feilscher Weise behandelt. Auch der großen Freiheitskämpfe in Rußland wurde durch eine besondere Aufführung gedacht, an welche Genosse Greiner einen Anlauf zur finanziellen Unterstützung ansetzte. Das Ergebnis war 32 Mark, welche dem Parteikassierer zur Uebermittlung zugesandt wurden.

Afcherleben, 3. Januar. (Straßenprojekt.) Der Junggang zur Post und zum Bahnhof ist für die Anwohner des mittleren Stadtteils kein bequemer zu nennen. Es schwebt deswegen schon seit einem Jahrzehnt das Projekt, die Taubenstraße bis zur Post durchzulegen. Auf dem Terrain, welches hierfür anzukaufen wäre, befinden sich einige Grundstücke, deren Wert auf 350 000 Mark geschätzt wird. Dieses Projekt scheint in letzter Zeit wieder etwas festere Gestalt bekommen zu haben, was einem Heulurier Anlauf zu einer Ferienidee in diesem „Lageblatt“ gegeben hat. Glücklicherweise finden sich jedoch mehrere Befürworter dieser Idee, so daß zu erwarten ist, daß in nicht allzu ferner Zeit das Stadtverordneten-Kollegium sich mit dieser Frage zu beschäftigen hat.

Bismark, 3. Januar. (Zweifelhafte Wohlgeläch vor Gericht.) Der „Münster“ berichtet von hier folgendes erbauliche Fiktoren: „Am 17. Mai d. J. nachts gegen 12 1/2 Uhr, unterließ sich der Schlossergeselle Max Meinede mit seinem Freunde in Bismark am Kreuzungspunkte der Breite- und Altesstraße. Zu derselben Zeit kam der Polizeiergeant der Stadt Bismark an ihnen vorbei. In diesem Augenblick mußte es dem Meinede passieren, daß sein hinteres Sprachrohr einmal kräftig einsteckte. Hierin erblickte der Polizeibeamte eine strafbare Uebertretung und forderte den Meinede, um dertingens nicht wiederholen zu können, auf sich zu entfernen, welcher Anforderung dieser jedoch, da er sich nichts Besseres bewußt war, nicht sofort nachkam. Die Polizeiverwaltung in Bismark hielt Meinede des großen Unfugs und der Uebertretung der §§ 35, 145 und 147 der Polizeiverordnung für die Stadt Bismark vom 4. Dezember 1894 für schuldig und verhängte über ihn eine Geldstrafe von 5 Mark. Das Schöffengericht in Bismark trat dieser Ansicht jedoch nicht bei und sprach Meinede auf den von ihm eingeleiteten Einspruch frei. Der Staatsanwalt, Bürgermeister Fröhlich, legte hiergegen Verurteilung ein. Die Stenografen der Staatsanwaltschaft wurde jedoch in dem Verhalten des Meinede, zumal dieser bei dem „schredlichen Ereignis“ keine unflüchtigen Gedanken hatte bemerkbar werden lassen, ein strafbares Tun nicht erblicken und schloß sich daher der freisprechenden Entscheidung des Vorderrichters an.“ Parteibeamteten Gemütern und empfindlichen Nerven wird es wohl kaum gefallen, wenn diese neue Art von „groben Unfug“ ungestraft verübt werden kann. Aber schließlich wird sie sich schwerlich zu einer Landplage auswachsen, ohne Zweifel zum Verdruß unserer Richter, denen dadurch diverse exzessive Momente — aus der Nase gehen. Die Gerichtsnerven der heiligen Hermandad möchten auch allgemach darunter leiden, wenn sie eifrig nach dem wie ein Weichen im verborgenen blühenden „groben Unfug“ zu suchen hätten.

Gommern, 4. Januar. (Von einem Dschen getreten) wurde in Hobeck der 16-jährige Arbeiter Karl Dorn aus Gommern. Er hatte versucht, auf dem Tier zu reiten, fiel aber herunter und wurde so schwer verletzt, daß am anderen Tage sein Tod eintrat.

Neuhaldensleben, 4. Januar. (Eine landwirtschaftliche Winterschule) wird hier wahrscheinlich am 1. Oktober dieses Jahres eröffnet werden. Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen hat der Errichtung einer solchen Schule zugestimmt.

Ostern, 4. Januar. (Die Wahlvereinsversammlung) welche am 1. Januar bei Eintracht tagte, war leider wieder schlecht besucht, dagegen zeitigen die Verhandlungen sehr interessante Debatten. Zunächst beschäftigte sich die Versammlung mit den verschiedenen Stadtverordnetenwahlen und nahm Stellung zu der Wahl am 12. Januar 1906. Einstimmig wählte die Versammlung den bisherigen Vertreter Genossen S. Löwe wieder zum Kandidaten. Genosse Löwe, welcher zunächst ablehnte, nahm dann die Wahl an und forderte die Anwesenden auf, jetzt aber dafür zu sorgen, daß die Schlappe vom 28. November 1905 wieder angewandt wird. Als Delegierte zu der Generalversammlung in Wernigerode am 28. Januar wurden die Genossen Fr. Runge und S. Löwe gewählt. Interessante Debatten entwickelten sich bei dem Punkte „Partei und Gewerkschaften“. Dieser Punkt welcher schon das Gewerkschaftsstatut beschäftigt hat, wird so bald nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden, da es unbedingt nötig ist, daß auch die Gewerkschaften sich etwas mehr mit den Prinzipien und Forderungen der Partei vertraut machen.

Salsedel, 2. Januar. (Der ehemalige Bürgermeister) hat mit seiner Klage gegen die Stadt wegen Zahlung von Stipendien ein obliegendes Erkenntnis erreicht. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurde mitgeteilt, daß Herr Frey seine Forderungen an dritte Personen abgetreten habe. Der Magistrat hat sich aber darauf nicht eingelassen, weil seiner Ansicht nach Stipendienforderungen nicht abgetreten werden könnten. Die Angelegenheit regle nun das Vormundschaftsgericht Berlin. Im übrigen werde der Frey'sche Sohn in acht Wochen mündig und könne dann selbst über das Geld verfügen.

Schönebeck, 4. Januar. (Die Sperre verhängt.) Weil mehrere Arbeiter der Firma Feld, Kofoschewski, wegen ihrer Verbandszugehörigkeit gemahregelt wurden, beschloß eine Fabrikversammlung am 30. Dezember, über den Betrieb die Sperre zu verhängen. Die Arbeiter von Schönebeck und Umgegend werden erücht, diesen Beschluß zu beachten. In der Versammlung wurden scharfe Worte laut gegen Herrn Feld und Herrn Nieble. Die anwesenden Arbeiter schlossen sich alle der Organisation an und verpflichteten sich, treue Mitglieder zu bleiben, um bei einer günstigeren Geschäftslage die Rechte der Arbeiter nachdrücklich wahr zu können.

Stahfurt, 3. Januar. (Ein besonderer Genuß) steht den Stahfurter Einwohnern bevor. Am nächsten Montag wird die Heilsarmee eine öffentliche Versammlung in Wiefeners Lokal abhalten.

Wernigerode, 3. Januar. (Wahlvereinsversammlung.) Am kommenden Montag den 8. Januar findet die erste diesjährige Wahlvereinsversammlung statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Statutenberatung; 2. Wahl von Delegierten zu der am 28. Januar stattfindenden Generalversammlung; 3. Bericht der Reorganisations-Kommission; 4. Verschiedenes. Wie aus der Tagesordnung zu ersehen ist, verspricht die Versammlung eine sehr interessante zu werden, deshalb ist es auch Pflicht eines jeden Genossen, dafür zu sorgen, daß der Besuch ein zahlreicher wird.

Wernigerode, 4. Januar. (Stadtverordnetenwahl.) Die letzte Stadtverordnetenwahl im alten Jahre hätte bald das Ende vieler Reichstagskämpfungen teilen müssen, d. h. sie konnte bei nahe wegen Beschlußunfähigkeit nicht stattfinden. Fast eine Stunde mußten die Erschienenen warten, bis endlich doch die zur Beschlußfähigkeit erforderlichen 13 Mitglieder herantelephoniert bzw. durch Boten herangeholt worden waren. Für die Anlage eines Kanals von der Ede-Platz- und Bahnhofstraße bis zur Holtemme, deren Kosten der Stadt und die Bahnverwaltung gemeinsam tragen, sind bereits höher als Anteil der Stadt 2500 Mark bewilligt worden. Es hat sich aber herausgestellt, daß dieser Betrag nicht ausreicht, da die Ausführung Schwierigkeiten begegnet. Der Magistrat verlangt daher weitere 1350 Mark, die auch bewilligt wurden. — Der Kreisaußschuß ist an die Stadt wegen Neuregung des Desinfektionswesens herangetreten. Er schlägt vor, den Kreis in zwei Bezirke, Wernigerode und Hämmer, einzuteilen. Der Magistrat empfiehlt, auf den Vorschlag einzugehen, wenn der Kreis einen Pauschalpreis von 50 Mark pro Jahr für Benutzung des Apparats zahlt und außerdem die Verpflichtung übernimmt, die Kosten für die etwa notwendig werdende Ausbildung eines neuen Desinfektors zu tragen. Auf Anfrage des Genossen Bartels erklärte Erster Bürgermeister Ebeling, daß eine besondere Gebühr für Benutzung des Apparats in keinem Falle mehr erhoben wird; dagegen hat derjenige, bei dem die Desinfektion nötig wird, die Kosten für Transport und Bedienung des Apparats zu

tragen; im Unvermögensfalle erfolgt die Desinfektion auf Kosten der Polizei. — Der bisherige Oberparzer Riem ist in den Ruhestand getreten; die Oberparze muß nun für den Amtsnachfolger Dr. Zimmer wieder hergerichtet werden, und zwar auf Kosten der Stadt, da diese zur Instandsetzung der Amtswohnung verpflichtet ist. Der Magistrat beantragt für Ausführung dieser Arbeiten 513,50 Mark. Erster Bürgermeister Ebeling teilt hierbei jedoch mit, daß der neue Oberparzer noch eine Anzahl weiterer Wünsche bez. Instandsetzung der Wohnung geltend machen werde. Sowie diese Wünsche berechtigt seien, was noch näherer Feststellung bedarf, werde die Stadt auch hierfür die Kosten übernehmen müssen. — Es folgte die Feststellung neuer Etats für das Jahr 1906. Dieselben sind ohne öffentliche Sitzung, einige weitere Etats sowie die Beschlußfassung über endgültige Anstellung eines Etatshalters auf dem Gaswerk werden der nächsten öffentlichen Sitzung überwiesen. Zu erwähnen wäre vielleicht auch die Rat der gewerkschaftlichen Fortbildungsschule, der in Einnahme und Ausgabe mit 5090 Mark abschließt. Der Zuschuß der Stadt ist auf 20 000 Mark, die Einnahme aus Schulgeld auf 607 Mark festgesetzt. — Die alte Kreisbauwirtschaft ist bekanntlich durch Auflösung beseitigt worden. Nur einer der Interessenten, Fr. Jordan, ist hiermit nicht einverstanden und hat den Klagenweg beschritten. Die Klage ist bisher noch nicht entschieden, der Magistrat wartet mit dem Ausgang daher auch noch ab, sondern unterbreitet ein neues Ortsstatut über Nutzung und Beschäftigung des Bürgerforst. Der bisherige Bürgerforst hat danach auf zu existieren, das Bürgervermögen wird in Räumlichkeiten anzuweisen. Gegen das Statut erhebt Genosse Bartels verschiedene Bedenken. Er führt aus, daß die Bürgerforst gewisse Rechte auf den Forst habe und kann deshalb Beschränkungen nicht zulassen. Das Statut von Schneideharden, Beilen und Regten seitens der Forstbesitzer müssen als Recht ausgedrückt werden und dürfte nicht, wie es in dem Statut geschieht, als besondere Vergünstigung hingestellt werden. Auch die schwere Bestrafung rügt Genosse Bartels. Das Statut sieht nämlich bei Fortfall des erstenmal Verlust der Forstholzerlaubnis auf ein Jahr vor, bei wiederholten Verstößen soll die Erlaubnis dauernd entzogen werden können. Erster Bürgermeister Ebeling verteidigte die Bestimmungen des neuen Statuts, das danach denn auch unverändert angenommen wird. Bei dieser Gelegenheit verlangte Genosse Bartels auch Auskunft darüber, wie es mit dem Anrecht der Bürgerforst auf Befreiung der Wehnachtstannen steht. In diesem Jahre seien die Wehnachtstannen über den hohen Preis der Tannen und über die mangelhafte Festigung des Preises besonders groß. Die Stadt solle doch mit den Wehnachtstannen kein Geschäft machen. Erster Bürgermeister Ebeling erwidert die Beschwerden als berechtigt an. Die Stadt wolle kein Geschäft mit den Tannen machen, und wenn er rechtzeitig Kenntnis von den geforderten Preisen erhalten hätte, wäre er unbedingt dagegen eingeschritten. Dem betreffenden Beamten müsse als Entschädigung angedreht werden, daß er das Interesse der Stadt habe wahrzunehmen und für die Tannen möglichst viel Geld habe abheben wollen. Ein Recht der Bürgerforst auf Befreiung der Tannen könne er aber nicht anerkennen. Er bezweifle auch, daß die Befreiung immer werde beibehalten werden können. Hieraus fand eine nicht öffentliche Sitzung statt.

Gerichts-Beitrag.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 3. Januar 1906.

Ruppel. Der Arbeiter Albert Bahndied hier, geboren 1883, vorbestraft, wurde wegen Zuhälterei zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 3. Januar 1906.

Ruppel. Der vielfach vorbestrafte Invalide Robert Feldmann aus Afcherleben wird wegen schwerer Ruppel zu 2 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Außerdem wurde die sofortige Verhaftung angeordnet. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Betrug. Der Landwirt Waldemar Mücke aus Ostrowo ist gefänglich, im Herbst 1905 einen Gastwirt in Halberstadt durch Vorspiegung falscher Tatsachen um 600 Mark betrogen zu haben. Außerdem hat der Angeklagte mittels eines Briefes von seinem Schwager in Sonderhausen 3000 Mark zu erpressen versucht. Wegen Betrugs und Erpressung lautet das Urteil auf 8 Monate Gefängnis.

Körperverletzung. Das Schöffengericht zu Afcherleben beurteilte den Arbeiter Emil Haberborn aus Gadmersleben wegen schwerer Körperverletzung in zwei Fällen zu 3 Wochen Gefängnis, den Arbeiter Friedrich Schrader aus Gadmersleben wegen einfacher Körperverletzung zu 30 Mark und die Ehefrau Julie Schrader geb. Raich wegen schwerer Körperverletzung zu 20 Mark Geldstrafe. Die von den Angeklagten eingelegte Berufung wurde kostenpflichtig verworfen.

Diebstahl und Unterschlagung. Der Tischlerlehrling Karl Holland aus Halberstadt hat im Juni 1905 in Friedrichsbrunn aus einer verschlossenen Bodenammer 8 Mark gestohlen und einen ihm geliehenen Anzug unterschlagen. Er wird deshalb zu 4 Monaten und 1 Woche Gefängnis verurteilt.

Diebstahl. Der Steinigerlehrling Hermann Hoffmann und der Zimmerlehrling Friedrich Mox, beide aus Wernigerode, haben gemeinschaftlich im Juli 1905 10 Flaschen Wein, 10 Mark bares Geld und 1 Taschenuhr gestohlen. Hoffmann wird wegen zweier schwerer Diebstahle und eines einfachen Diebstahls unter Einziehung der am 28. Oktober 1905 gegen ihn erkannten Gefängnisstrafe von 6 Monaten zu insgesamt 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Mox wird wegen schweren Diebstahls zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

Die Befreiung eines Einzelverurteilten. Vor der Berlin Strafkammer waren der Kaufmann Max Prüfer wegen vorläufiger und der Schuhmann Vorzju wegen schließlicher Gefangenensbefreiung angeklagt. Am 19. September mittags wurde der Handelsmann Kleinschmidt in Rißdorf von einem Kriminalbeamten festgenommen und auf die Polizeiwache in der Bergstraße gebracht. Der den Arrestanten dienende verheiratete Schuhmann H. Iperitz die Sektieren in die Arrestantenzelle, in welche die auf dem Korridor gelagerte ehemalige Küche der Wohnung umgewandelt worden. Der Schuhmann H., der der jüngste Schuhmann in dem betriebl. Revier war, beging nun die auch von seinen älteren Kollegen vielfach begangene Unvorsichtigkeit, die Zelle von außen zu verschließen, den Schlüssel aber im Drückerhohloch stecken zu lassen, weil die ehemalige Küche mitunter auch von den Schuhmachern zum Gendewaschen usw. aufgesucht wird. Dies machte sich der Sektieren befreundete Angeklagte Prüfer zunutze. Er bestieg den Terrain zunächst in der Weise, indem er auf der Balkenwache erschien und dorthin für den Sektieren etwas Wein brachte, das er aus einer nahegelegenen Restauration besorgt hatte. Bei dieser Gelegenheit hatte er die Situation vorüberblickend überblickt. Er hatte es später verstanden, sich untermisch in den Korridor zu schleichen, hatte das Schloß mit dem in der Zelle steckenden Schlüssel aufgeschlossen, den Miegel zurückgeschoben und dem Kleinschmidt zugerufen, daß er herankommen könne. Dann hat er sich eilig entfernt. Als Schuhmann Vorzju außer mit der Ueberwachung der Arrestzelle auch mit den Obliegenheiten zu tun hatte, nach einer Weile hinaus trat, fand er die Tür der Zelle geöffnet und wurde ausgehoben. Der Zusammenhang der beiden Angeklagten wurde festgestellt. Der Gerichtshof erklärte die Befreiung des Kleinschmidt als verurteilt. Der Gerichtshof erklärte die Befreiung des Kleinschmidt als verurteilt. Der Gerichtshof erklärte die Befreiung des Kleinschmidt als verurteilt. Der Gerichtshof erklärte die Befreiung des Kleinschmidt als verurteilt.

dem geworden ist, was sie heute darstellt. Begründet wurde sie im Dezember 1885 in sozialistischer Zeit. Die 18. Nummer verteilte aber schon der Beschlagnahme, worauf das Blatt ganz verboten wurde. Da die gegen das Verbot eingelegte Beschwerde aber Erfolg hatte, beschloß eine öffentliche Versammlung im März 1886, das Blatt weiter erscheinen zu lassen. Seitdem besteht es, erst nach Kräfteausnahmerechtlich, dann gemeinrechtlich belämpft. Das Strafkonto beträgt im ganzen vier Jahre fünf Monate und sieben Tage Gefängnis und 495 Mark Geldstrafe.

Schwindler. Ein gewisser Jarosch sucht Genossen zu brand-schagen unter der Vorgabe, daß er gemäßigter sozialistischer Eisenbahner sei. Er verlockte zunächst in Schleien sein Heil. Auf Er-kundigung stellte die Redaktion der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ mit, daß die flotten Erzählungen Jaroschs frecher Schwindel sind. Vor dem Buchen sei gewarnt.

Mit Strafanträgen sucht jetzt Bobbielsti die Fleischnot auf der Welt zu schaffen. Genosse P. Kisch, der früher in Dortmund tätig war und jetzt in Leipzig wohnt, soll in einer Rede, die er am 3. Sep-tember 1905 in Wanne in Sachen der Fleischnot gehalten hat, sich einer Verleumdung Bobbielstis schuldig gemacht und zu Gewalttätig-keiten aufgehetzt haben. Vor einigen Tagen hatte er in der Sache eine lange Vernehmung.

Soziales.

Bundesräthliche Verlängerung der Kinderarbeit. Das am 1. Januar 1904 in Kraft getretene Reichsgesetz betr. Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben vom 30. März 1903, ermächtigt im § 14 den Bundesrat, für die ersten zwei Jahre nach dem In-tratretreten des Gesetzes für einzelne Arten solcher Werkstätten, in denen nicht bloß vorübergehend durch elementare Kraft bewegte Triebwerke zur Verwendung kommen, Ausnahmen zuzulassen. Diese Ausnahmen sind vom Bundesrat unter dem 17. Dezember 1903 und 11. Juli 1904 veröffentlicht. Sie kommen nach dem Kinder-schutzgesetz und nach einer gestern im „Reichs-Anzeiger“ veröffent-lichten Bekanntmachung des Reichs-Lanzlers vom 20. Dezember 1905 mit Ablauf des 31. Dezember 1905 in Fortfall. Mithin ist vom 1. Januar 1906 ab die bislang noch bundesrätlich genehmigte Be-schäftigung der eigenen Kinder mit dem Spulen auch an Maschi-nen, die bislang für den Regierungsbezirk Düsseldorf in Werk-stätten der Dandweberei, für die Kreis-Hauptmannschaften Wauken und Chemnitz sowie für den badischen Kreis Waldshut in Werk-stätten der Land- und Stoffweberei gestattet war, durchweg ver-boten.

Der § 14 des Kinderschutzgesetzes gestattet ferner dem Bundes-rat Ausnahmen von dem Verbot einer Beschäftigung eigener Kinder unter 10 Jahren für bestimmte Werkstätten ohne Motorbetrieb zuzulassen. Auf Grund dieser Ermächtigung hatte der Bundesrat unter dem 17. Dezember 1903 und 11. Juli 1904 die Arbeit in be-stimmten Werkstätten unter der Bedingung bis zum 31. Dezember 1905 gestattet, daß die beschäftigten Kinder am 1. Januar 1904 das achte Lebensjahr vollendet haben müssen. Der Bundesrat hat, wie seine im „Reichs-Anzeiger“ jetzt veröffentlichte Bekanntmachung vom 20. d. M. ergibt, von neuem Ausnahmen von dem in-die-erbeschäftigungs-Verbot erlassen. Die neue Bekanntmachung gestattet nicht mehr die Beschäftigung von acht-jährigen, wohl aber die Beschäftigung von neunjährigen Kindern in bestimmten Werkstätten. Ein Vergleich des Verzeichnisses dieser Werkstätten mit dem zurzeit in Kraft stehenden ergibt, daß der Bundesrat das bestehende Verzeichnis um eine Nummer vermehrt, im übrigen die Anzahl der Werkstätten, in denen eigne Kinder unter zehn Jahren beschäftigt werden dürfen, etwas vermindert hat.

Die Vermehrung betrifft die Ausdehnung der gestatteten Arbeit in Werkstätten mit Verfertigung von Spielwaren und andern Gegenständen aus Metall (Anfügen von Haken, Anhängeln usw. an fertig gestellten Uhrketten aus Eisenblech, Anhängen der Ketten an Uhren, Aufsätzen der Uhren auf Karbon, Einlegen in Karbonen) auf die Auszubildenden in Eisen- und Stahlbetrieben. In Fort-fall soll von den bisher für eigne Kinder gestatteten Arbeiten all-gemein kommen; die Silber- und Goldschmiederei (die bislang für Mittel- und Kleinstbetriebe), die Hütten- und Eisenerie (für Bayern, Württemberg, beide Rhein- und den Regierungsbezirk Pöls-dam - Weiden und Aufleben von Hauslegen - zurzeit noch gestattet), die Verfertigung von Holzstiften (bislang in Merse-berg gestattet), die Verfertigung von Vogelbauern (bislang in Opladen, Hannover, Minden, Osnabrück und Unterfranken gestattet).

Fertigstellung von Puppen (bislang in Sonneberg, Eisfeld und den beiden Schwarzburg gestattet), Verfertigung von Korsetts (bislang für Sebnitz gestattet) und die Schuhmacherei (bislang für die Oberämter Balingen, Spaichingen und Tuttlingen noch gestattet). Weiter bleiben danach noch 18 Werkstätten, in denen nach wie vor die gewerbliche Arbeit eigener Kinder unter 10 Jahren gestattet bleibt. Die Bezirke, in denen die hier auch zulässige Kinderarbeit gestattet ist, sind gegenüber dem bestehenden Zustande vermindert.

Die neuen bundesrätlichen Ausnahmen von dem Kinder-arbeitsverbot sollen bis zum 31. Dezember 1908 in Kraft bleiben. Das bisherige Kinderchutzgesetz, das das Gesetz enthält, ist demnach wiederum zum Teil auf zwei Jahre hinausgeschoben. Das nennt sich Sozialreform.

Das ganze Glend der Heimarbeit wird auf einer Heim-arbeits-Ausstellung, die die Heimarbeiterrinnen-Organisation und der christliche Schneiderverband in M.-Gladbach arrangiert haben, gezeigt. Durch diese Ausstellung sollen der Öffentlichkeit die niedrigen Löhne vor Augen geführt werden, die für die Heimarbeit gezahlt werden. Dort ist ausgestellt eine Kodenjuppe, an der ein guter Arbeiter 3 1/2 Stunden zu tun hat. Als Lohn wird 70 Pf. gezahlt, doch muß der Arbeiter Garn, das 8 Pf. kostet, selbst stellen. Eine Frauenhose, zu deren Herstellung 1/4 Stunden gebraucht wer-den, wird mit 10 Pf. gelöhnt! Das Garn, welches von den Ar-beiterinnen bezahlet werden muß, kostet 2 Pf. Für ein ganzes Duzend Unterröcke werden 45 Pf. gezahlt; davon gehen aber noch 0 Pf. für Garn ab. Ein Kinderanzug, fit und fertig, wird mit 65 Pf. bezahlet; von diesem „hohen“ Lohn gehen noch 5 Pf. für Garn ab. Die ausgestellten Gegenstände werden der Allgemeinen Ausstellung für Heimarbeit in Berlin, die im Januar nächsten Jahres eröffnet werden soll, zugeteilt werden. — Und wenn die so jämmerlich entlohnerten Arbeiter und Arbeiterinnen sich rühren, um eine bessere Lebenshaltung zu erringen, dann fällt die ganze Ordnungsmacht über sie her und zertret über die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter.

Statistisches über die Einkommensteuer-Veranlagung.

Nach der soeben im königlichen Statistischen Landesamt abgeschlossenen preussischen Einkommensteuer-Statistik betrug

im Steuerjahre	die Gesamt-zahl der Jeniten	deren steuer-pflichtiges Rein-einkommen Mark	deren Ein-kommen-steuer Mark
1892	2,437,886	5,961,397,632	124,842,848
1904	4,133,539	9,470,693,573	191,230,947
1905	4,393,216	10,020,820,472	201,768,879
1905 gegen 1892	+ 80,2%	+ 68,1%	+ 61,6%
1905 gegen 1904	+ 6,3%	+ 5,8%	+ 5,5%

Seit der erstmaligen Veranlagung im Jahre 1892 hat sich hiernach die Jenitenzahl schon um etwas über vier Fünftel, das steuerpflichtige Einkommen um mehr als zwei Drittel, und die Steuer um über drei Fünftel vermehrt. Es betrug bei den physischen Einkommensteuer-Jeniten:

Mit Einkommen von	Zahl	Proz. der Bevölkerung	Einkommen durch-schnittl. Mill. M.	Steuer durch-schnittl. Mill. M.		
über 900 bis 3000 M.	1892 2,118,989 1904 3,651,121 1905 3,689,171	7,1 10,2 10,7	2,912,0 4,895,1 5,209,3	1,374 1,341 1,339	32,8 53,5 56,5	15,5 14,6 14,6
über 3000 M.	1892 316,889 1904 479,835 1905 501,437	1,1 1,3 1,4	2,792,8 4,227,6 4,459,3	8,812 8,811 8,893	82,0 124,1 131,2	258,6 258,7 261,7
über 900 M. insgesamt	1892 2,435,878 1904 4,130,956 1905 4,190,608	8,1 11,6 12,1	5,704,3 9,122,7 9,668,6	2,342 2,208 2,202	114,8 177,6 188,0	47,1 43,0 42,8

In beiden Hauptgruppen ist mithin im Ver-richtsjahr die Jenitenzahl nicht nur überhaupt, sondern auch im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung gestiegen. Auch die Einkommens- wie Steuersumme hat insgesamt wie

gruppenweise zugenommen, dagegen Durchschnittseinkom-men und -steuer nur bei den Jeniten mit Einkommen von mehr als 3000 Mark, während bei denen mit Einkom-men von über 900 bis 3000 Mark im Durch-schnitt das Einkommen zurückgegangen, die Steuerleistung aber unverändert geblieben ist.

Die „veranlagte Bevölkerung“, d. h. die Zahl der Jen-iten mit Einschluß der Angehörigen, bezifferte sich im Ver-richtsjahr auf 38,8 Prozent der Gesamtbevölkerung gegen 37,1 im gleichen Jahre 1904 und 29,3 im Jahre 1896, ins-besondere in den Städten auf 49,0 bzw. 47,6 und 37,3, auf dem Lande auf 29,7 bzw. 28,7 und 23,5 Hundertteile der dortigen Bevölkerung überhaupt. Berücksichtigt man auch die nach den § 18 und 19 des Einkommensteuergesetzes Frei-gestellten nebst ihren Angehörigen, so machte die Schicht der an einem Einkommen von mehr als 900 Mark beteiligten Personen im Jahre 1905 43,5, im Jahre 1904 42,3 und im Jahre 1896 32,8 Prozent der gesamten Bevölkerung, ins-besondere bereits 54,0 bzw. 52,8 bzw. 41,5 Hundertteile der städtischen und 35,0 bzw. 34,0 und 26,9 Hundertteile der ländlichen Bevölkerung aus.

Wenn die Zahl der zur Steuer Herangezogenen wesent-lich gestiegen ist, so ist das alles andre, nur kein Beweis für die Zunahme des Wohlstandes. Es wird ja auch fest-gestellt, daß das Durchschnittseinkommen in der großen Gruppe derjenigen, die zwischen 900 und 3000 Mark Ein-kommen haben, zurückgegangen ist. Das ist eine sehr be-achtenswerte Tatsache angesichts der Fleischnot, der be-vorstehenden Leurrungen infolge des Su-krafttretens des Sozialtarifs am 1. März 1906, der Flottentreiberei der Marinefeste und der ange-kündigten neuen Bier- und Tabaksteuern! —

Gewerkschaftsbewegung.

Die Aussperrung der Werftarbeiter auf der Reptun-wert in Rostock dauert fort. Die Arbeiterchaft ist zu mehr als 80 Prozent organisiert und hat sich auf den Kampf vorbereitet. Niemand kann wissen, wie der Kampf endet. Die Chancen für die Arbeiter sind gut, und daher sehen diese, gestützt auf ihre Organisation, in aller Ruhe der weiteren Entwicklung entgegen. Die Werftleitung kündigt an, daß sie die Werft zur Arbeitsaufnahme öffnen werde; sie ersucht alle unorganisierten Metallarbeiter und Schiffbauer, die Arbeit aufzu-nehmen. Damit ist jetzt endgültig festgestellt, daß die Betriebsleitung der „Reptunwert“ ihre früheren Behauptungen, es handle sich nicht um eine von ihr beabsichtigte Eskalation des Koalitionsrechts ihrer Arbeiter, nicht mehr aufrechterhält, sondern daß sie die Aussperrung in der Tat deswegen unternehme, um den Tarifvertrag und damit auch die organisierten Arbeiter auf der Werft loszumachen. Die ganze Aktion ist demnach auf die Fortführung der Arbeiterorganisation gerichtet. Deswegen möge kein Metallarbeiter oder Schiffbauer nach Rostock gehen.

Leiderarbeiter. In Neuf a. M. sind Differenzen aus-gebrochen. Die dortigen Holzgerber, welche sämtlich organisiert sind, wurden überrascht durch einen Lohnabzug von 25 Prozent. Außerdem wurde von den Weißgerbern die Forderung des gehnntständigen Arbeits-tags wieder aufgenommen. Wie bekannt unterlagen dieselben im September v. J. nach 19wöchigem Streik. Nach beiden Orten ist Bezug fern zu halten. —

Der schlichte Mann aus der Werkstat vor dem liberalen Oberbürgermeister.

Ein geradezu skandalöser Vorfall, so wird der „Leipziger Volkszeitung“ geschrieben, hat sich auf dem Rathhaus in Dres-dau ereignet. Eine äußerst stark besuchte Versammlung der Ge-

Von den Himmelserscheinungen im Januar.

Von Georg Paetner in Bremen.

Wir stehen wieder an der Schwelle eines neuen Jahres! — Obwohl der Himmel einst für die Festlegung dieses Datums her-behalten mußte, hat doch der 1. Januar astronomisch gar nichts zu be-zeichnen. Auch diesmal ist das so, denn der letzte wichtigere astro-nomische Zeitpunkt, Winteranfang am 22. Dezember, ist längst vorüber, ein nächster fällt erst auf den 3. Januar. Dann befindet sich nämlich die Erde bei ihrem Umlauf um die Sonne in der größten Sonnenwärme und ist der Sonne rund 5 Millionen Kilo-meter näher als im Sommer. Das erscheint paradox (wider-sinnig), denn wir nicht die Sonne die Quelle all unsres Lebens auf der Erde? Haben nicht gerade wir immer und immer wieder in diesen Tagen diese Wahrheit gepredigt? Sind wir der Sonne also näher, so müssen wir im Winter natürlich doch auch mehr Wärme von ihr erhalten als im Sommer, wo wir ja 5 000 000 Kilometer weiter von ihr entfernt sind! — Das ist alles ganz richtig, und für die Erde im ganzen genommen trifft das auch durchaus zu. Die Erde erhält im Winter auch tatsächlich ein Fünftel mehr Wärme als im Sommer, nur müssen wir bedenken, daß sich auf der nördlichen Erdhälfte Winter, auf der südlichen dagegen Sommer herrscht. Wir haben das früher schon des nähern erörtert und wollen nur daran erinnern, daß die jährliche Stellung der Erde die Hauptursache ist. — Mit der Winteranfangsperiode am 22. Dezember v. J. haben wir astro-nomisch den Höhepunkt der kalten Jahreszeit überschritten; die Sonne hat ihren tiefsten Stand am Himmel erreicht und feuert nunmehr nach der Verhütung des Verbleibens des Steinbocks in ihrer scheinbaren Bahn wieder dem Norden zu. Meteorologisch aber bricht nun erst der rechte Winter ein, wenn die eigigen Schneefälle durch das Land jagen. Inzwischen ist die Zunahme der Tageslänge doch schon merklich. Am Freitag des Jahresfestes zeigt sich das Tagesgestirn nur bis zu einer Höhe von 14 1/2 Grad. Am 31. Januar steigt es 6 Grad höher empor. Der Sonnenauf-gang erfolgt am ersten Tage des Jahres gegen 5 1/2 Uhr, am 31. Januar bereits um 7 1/2 Uhr; der Sonnenuntergang findet am 1. Januar kurz vor 4 Uhr, am letzten Tage des Monats erst gegen 4 1/2 Uhr statt. Der Ausgang des Tagesgestirns erfolgt deshalb von Tag zu Tag um eine halbe Minute früher, sein Untergang um 1 1/2 Minuten später, so daß die Zeit, während der die Sonne über unserm Horizont verweilt, täglich um 2 Minuten zunimmt. Gegen Ende des Monats dauert dann der Tag bereits eine volle Stunde länger als zu Neujahr.

Von den Fixsternen, zu deren Betrachtung gerade die langen und bei uns auch meist sternklaren Januarnächte einladen, finden wir in den Abendstunden das wohlbekannte Bild des großen Wagens im Nordosten. Daran schließt sich nach Norden zu der kleine Bär und der Drache. Im Nordwesten glänzt am Horizont Wega in der Leher, und etwas höher am Himmel Deneb im Schwan. Zwischen dem letzteren und dem Polarstern steht der Cepheus, im Westen das ausgedehnte Bild des Pegasus und über ihm die Andromeda. Zwischen der letzteren und dem Polarstern finden wir die Kassiopeja mitten in der Milchstraße, die ihren schimmernden Vogen quer über den Himmel spannt. Im Süd-osten stehen die beiden Hirtkreisbilder Widder und Fische, tiefer am Horizont der Walfisch. Im Süden, Südosten und Osten ist die glänzende Region des Himmels vor unsern Augen herauf-gezogen: Hier finden wir das Bild des Stieres mit dem Aldebaran und den Plejaden, die sich wie eine lichte Wolke vom Dunkel des Himmels abheben. Hoch am Himmel funkelt die Kapella im Bilbe des Fuhrmanns, und darunter haben wir das prächtige Sternbild des Orion. Weiter nach Osten stehen die Zwillinge Kaster und Pollux, der Bestion und der hellste Fixstern, der Sirius. Hier erhebt sich in späterer Stunde das Bild des Löwen mit dem Regulus. — Der schon im August v. J. auf einer photo-graphischen Platte, die zu der großen photographischen Himmels-aufnahme gehörte, im Adler gefundene neue Stern, nova aquilae, ist jetzt bereits um über vier Größenklassen schwächer geworden und kann nur noch als ein schwaches Lichtpunkchen in großen Fernrohren gesehen werden. Entwicklungs geschichtlich interessant ist es, daß diese nova aquilae wie fast alle neuen Sterne dicht bei der Milchstraße auftritt, also dort, wo eine gewaltige Zunahme der Sternensülle stattfindet.

Der am 17. November v. J. in der Nähe des Himmelspols im Sternbild des Cepheus von Schaeer auf der Genfer Stern-warte entdeckte Komet, der zweite im Jahre 1905, gleich am Tage der Entdeckung am Helligstein einem Stern 7. Größe und zeigte eine runde Kometenköpfe. Er hatte eine außerordentlich rasche Bewegung und entfernte sich bereits im Zeitpunkt seiner Ent-deckung wieder von der Erde. Das ging um so schneller, als der Komet entgegengekehrt zur Erde läuft, sich uns also sehr schnell näherte, aber auch ebenso schnell sich entfernte. Am 17. November war er nur 35 Millionen Kilometer von uns entfernt, am 10. De-zenber 120 Millionen Kilometer, wie eine Berechnung seiner Bahn anzeigt. Der Komet hat eine parabolische Bahn, er kehrt also nicht wieder in unser Sonnensystem zurück, sondern verläßt es im endlosen Weltall ebenso spurlos wie er erschienen. Von Schwanen jagen nur bei dem Kometen nichts zu bemerken.

Von den großen mit bloßem Auge sichtbaren Planeten erstarkt für längere Zeit eigentlich nur Jupiter am nächst-lichen Himmel, und zwar noch fast die ganze Nacht im Sternbild des Stieres, Anfang des Monats 11 1/2, am Ende noch 9 Stunden. Am 6. Januar kommt er in die scheinbare Nähe des Mondes. — Auch Saturn ist anfangs noch 3 Stunden des Abends vor seinem Untergang im Südwesten im Sternbild des Wasser-mannes zu sehen, doch nimmt die Dauer der Sichtbarkeit schnell ab, und beträgt am Ende des Monats nur noch 1/2 Stunden. Am 26. Januar steht er in scheinbarer Nähe des Mondes und kann dann leicht aufgefunden werden. — Mars ist des Abends 3 1/2 bis 3 Stunden vor seinem Untergang im Westen im Stern-bild des Wassermannes zu sehen. — Die Venus ist nur in den ersten Tagen des Monats auf sehr kurze Zeit am Morgen sicht-bar, der Merkur bis Mitte des Monats am Morgen im Süd-osten, anfänglich 1/2 Stunde lang.

Zur Beobachtung des Mondes bleiben im Januar nur die erste Woche und die letzten Tage übrig.

Der Perseiden-Sternschwärm-Schwarm, der in den Tagen vom 8. bis 12. August eintreffen sollte, ist von Herrn Sartifaller in Kastelrut (Tirol) beobachtet worden. In den sechs Tagen vom 8. bis 14. August beobachtete er von 9 Uhr abends zweimal bis 4, einmal bis 3 Uhr morgens und dreimal bis 12 Uhr nachts und zählte im ganzen 510 Meteore. Das Maximum fällt auf den 12. August, an welchem Tage in drei Stunden 158 Meteore gesehen wurden. Unter den 510 Meteoriten befanden sich 58 Feuer-fugeln. — In Heidelberg ist es neuerdings gelungen, die Höhe einer Sternschnuppe auf photographischem Wege zu bestimmen. Bei gleichzeitigen Sternaufnahmen kreuzte dieselbe Sternschnuppe das Beobachtungsfeld der beiden etwa 32 Meter voneinander abtenden photographischen Fernrohre; daraus ließ sich die Höhe jenes Meteors zu 90 Kilometer bestimmen, und zwar bis auf wenige Kilometer genau. Durch die Beobachtung der leuchtenden Nachtwolken ist die Höhe der optisch wirksamen Luftschichten in unserer Atmosphäre zu etwa 80 Kilometer gefunden worden. Mehr noch wirksam ist also die schon außerordentlich feine Luft in den 90 bis 100 Kilometer hohen Schichten, und nach dieser Beobachtung ist zu vermuten, daß solche Wirksamkeit noch viel höher hinauf, bis ungefähr 200 Kilometer, reicht. Für die Gestaltung des Welters sind allerdings nur die untersten Schichten bis zu etwa 10 Kilometer maßgebend. Dort herrscht ein mittlerer Luftdruck von etwa 200 Millimeter, am Erdboden von 760 Millimeter, während bereits in 50 Kilometer Luftöhe nur noch ein Druck von ein Zehntel Millimeter vorhanden sein kann. —

metarbeitete hatte kürzlich eine Petition an die Stadtverwaltung beschloffen, durch die um eine Kurierungszulage für alle städtischen Arbeiter gebeten wurde. Es war eine Deputation gewählt worden, die dem Oberbürgermeister die Wünsche der Arbeiter unterbreiten sollte. Diese Deputation ist nun vom Oberbürgermeister Bender am Tage vor Silvester in Audienz empfangen worden — aber viel! Daß der Sekretär des Verbandes zu den Verhandlungen nicht zugelassen wurde, ja nicht einmal als Zuhörer teilnehmen durfte, nimmt sich für ein „freisinniges“ Stadtoberhaupt an sich schon recht nett aus, es berührt aber nicht besonders, ist man doch nachgerade daran gewöhnt, daß „freisinnige“ Männer sich von den ärgsten Scharfmachern in nichts mehr unterscheiden. Im übrigen aber hatte sich der Oberbürgermeister mit einer ganzen Korona von Magistratsmitgliedern und den höchsten Vorgesetzten der Arbeiter umgeben. Außerdem waren eine ganze Anzahl der noch „zufriedenen“ Arbeiter aus den verschiedenen Betriebswerken als Zuhörer zu der Audienz kommandiert worden, wo ihnen der Oberbürgermeister ein soziales Drama von gewaltig aufreizender Wirkung vorführte. Die von der Deputation in der allerbescheidensten Form vorgebrachten Arbeiterwünsche wurden schroff abgelehnt. Am Schlusse wandte sich der Oberbürgermeister dann noch einmal an die beiden Arbeiter, die während der Verhandlungen das Wort geführt hatten mit der Bemerkung: „Sie, Meinhart und Reichelt, müssen doch zurückdenken, Sie sind doch beide schwer bestraft,“ womit gesagt sein sollte, daß sie eigentlich in städtischen Betrieben gar nicht beschäftigt werden sollten, und froh sein müßten, daß man sie überhaupt dulde. Reichelt erwiderte: „Im Dienst noch nicht, Herr Oberbürgermeister.“ Der Oberbürgermeister: „Im Dienst nicht, aber in Privat.“ Reichelt: „Es tut mir leid, Herr Oberbürgermeister, daß Sie mir das hier öffentlich vorhalten.“ Daraufhin wurde Reichelt vom Oberbürgermeister persönlich an der Stelle entlassen und dieser ordnete die sofortige telephonische Mitteilung davon an das betreffende Betriebswerk (Gasanstalt) an.

Reichelt war 14 Jahre lang von der Stadt beschäftigt und hat sich während dieser Zeit weder in noch außer Dienst auch nur das allergeringste zuzuschulden kommen lassen. Er ist Gewerbetreibender. Zweimal ist er in Vertriebe schwer verunglückt. Am Weihnachtabend erst hat er 24 Stunden hintereinander auf dem verantwortungsvollen Posten des Gaswerks gearbeitet. Seine Strafe liegt 24 Jahre zurück, also um zehn Jahre länger, als seine Beschäftigung bei der Stadt dauert. Sie bestand aus 14 Tagen Gefängnis wegen Unterschlagung; es handelt sich um eine Dummheit, die er als junger Mann von 20 Jahren verübt hatte. Das grüßt nun ein, wohlgeerntet „liberales“ Stadtoberhaupt öffentlich aus, um Nachse an der ihm unangenehmen Organisation zu nehmen!

Diese allerliebste Silvestergeschichte aus der göttlichen Weltordnung spricht für sich und durch sich. Bemerkte sei nur noch, daß der in solcher Weise plötzlich brokos gemachte N., der ein sehr rühriger und besonnener Genosse ist, jetzt vom Verlage der „Volksmacht“ als Dolmetscher und von seiner Gewerkschaft als Beitragskassierer angestellt werden wird. So hat der Breslauer Oberbürgermeister wider Willen durch seinen Streich einen Kämpfer gegen die kapitalistische Weltordnung, der bisher mehr im stillen wirken mußte, in das vorderste Glied der Streiter gebracht.

Provinz und Umgegend.

Zur Stadtverordnetenwahl in Burg.

Aus eigener Kraft!

Immer näher kommt der Tag, wo die Arbeiter gründlich mit den Bürgerlichen abrechnen werden. Immer näher der Moment, wo das letzte Stündlein derselben geschlagen hat. Und das mit Recht! Denn genug, übergenug haben sie auf dem Kerbholz, als daß sie noch einmal ihre Vertreter ins Stadtparlament senden könnten: Die Arbeiter haben ihre Kandidaten nicht vergessen. Das mögen sich diese Herren merken. Die Arbeiter werden in solchen Massen zur Wahl gehen und durch Abgabe ihrer Stimmen für die Kandidaten der Arbeiterpartei in so herber Weise gegen die Behandlung seitens dieser Bürgerlichen Protest erheben, daß ihnen ein für allemal die Luft vergeht, die Arbeiter als minderwertig zu behandeln. **Dem die dritte Klasse muß uns gehören, koste es was es wolle.** Darum ist jeder Arbeiter verpflichtet, unter allen Umständen zur Wahl zu gehen, und wer das nicht tut, dem ist jede ehrliche Ueberzeugung abzuschreiben. Aber nein! So weit darf es nicht kommen. Die Arbeiter Burgs werden nicht zugeben, daß wieder Leute gewählt werden, die einer Partei angehören, die jedes politischen Instanzgeföhls bar ist. **Sie werden es nicht zugeben, daß wieder Vertreter gewählt werden, deren Partei als „Volkspartei“ sich nicht entblödet, bei allen Wahlen mit den Reaktionsären Hand in Hand zu gehen, nur um die Arbeiter zu knebeln und zu entrechteten.** Was tun die Bürgerlichen, wenn sie Versammlungen einberufen? Sie weisen auch als Arbeiter, als Sozialdemokraten die Tür, weil sie zu feig sind, in ehelicher, offener Redeschlacht Rede und Antwort zu stehen! Sie geben dann als „anständiger“ Gegner in ihren Annoncen bekannt: „Sozialdemokraten sind ausgeschlossen.“ Wahrlich, sie fürchten, ihnen würde die Maske vom Gesicht gerissen und ihr wahres Antlitz enthüllt. Ihr Gewissen ist nicht rein, sonst bräuchten sie sich als Männer, die ihre Handlungsweise verantworten können, nicht feig hinter verschlossene Türen zu flüchten, um hier dann über die Arbeiterpartei herzugreifen. **Wollt ihr euch dies gefallen lassen? Nein! Nun denn: Euch wollen die Bürgerlichen nicht in ihren Versammlungen haben, und ihr wollt nicht, daß in der dritten Abteilung Bürgerliche sitzen. Hinaus mit ihnen!** Viel zu lange habt ihr euch von diesen eine Behandlung gefallen lassen, die unwürdig ist eines fortgeschrittenen Arbeiters. Holt den letzten Mann heran an den Wahlsitz! Niemand darf sich über seine Stimme enthalten. **Sorgt dafür, daß unsere Kandidaten:**

**Bildhauer Max Blumtritt
Tischlermeister Gustav Stollberg**

mit großer Stimmenmehrheit als gewählt am 10. Januar proklamiert werden können. Nieder mit dem Mißgeschick! Aus eigener Kraft zum Siege!

Wahrsleben, 3. Januar. (Volksvereins-Konzert.) Das am Silvesterabend arrangierte Konzert war sehr zahlreich besucht. Die Darbietungen der Gesellschaft Orchester beschränkten in vollem Maße. Alle politischen Ereignisse der Neuzeit wurden in satirischer Weise behandelt. Auch der großen Freiheitskämpfe in Ausland wurde durch eine besondere Aufführung gedacht, an welche Genosse Greiner einen Aufruf zur staunenswerten Unternehmung anschloß. Das Ergebnis war 32 Mark, welche dem Parteikassierer zur Uebermittlung zugestellt wurden.

Wahrsleben, 3. Januar. (Straßenprojekt.) Der Gang zur Post und zum Bahnhof ist für die Anwohner des mittleren Stadtteils kein bequemer zu nennen. Es schneit deswegen schon seit einem Jahrzehnt das Projekt, die Lindenstraße bis zur Post durchzulegen. Auf dem Terrain, welches hierfür anzukaufen wäre, befinden sich einige Grundstücke, deren Wert auf 350 000 Mark geschätzt wird. Dieses Projekt scheint in letzter Zeit wieder etwas festere Gestalt bekommen zu haben, wenn einem Heutiger Anlaß zu einer Ferienreise im hiesigen „Zagelblatt“ gegeben hat. Glücklicherweise finden sich jedoch mehrere Verfechter dieser Idee, so daß zu erwarten ist, daß in nicht allzu ferner Zeit das Stadtverordneten-Kollegium sich mit dieser Frage zu beschäftigen hat.

Wismar, 3. Januar. (Zweifelhafte Wohlgerechte vor Gericht.) Der „Altmärker“ berichtet von hier folgendes erbauliche Händchen: „Am 17. Mai d. J., nachts gegen 12 1/2 Uhr, unterhielt sich der Schlossermeister Max Meinede mit seinem Freunde in Wismar am Kreuzungspunkte der Breite- und Altestraße. Zu derselben Zeit kam der Polizeikommissar der Stadt Wismar an ihnen vorbei. In diesem Augenblick mußte es dem Meinede passieren, daß sein hinteres Sprachrohr einmal kräftig einsteckte. Hierin erlöschte der Polizeibeamte eine strafbare Uebertretung und forderte den Meinede, um derartiges nicht wiederholen zu können, auf, sich zu entfernen, welcher Aufforderung dieser jedoch, da er sich nichts Böses bewußt war, nicht sofort nachkam. Die Polizeiverwaltung in Wismar hielt Meinede des großen Unfugs und der Uebertretung der §§ 35, 145 und 147 der Polizeiverordnung für die Stadt Wismar vom 4. Dezember 1894 für schuldig und verhängte über ihn eine Geldstrafe von 5 Mark. Das Schöffengericht in Wismar trat dieser Ansicht jedoch nicht bei und sprach Meinede auf den von ihm eingeleiteten Einspruch frei. Der Amtsanwalt, Bürgermeister Frölich, legte hiergegen Berufung ein. Die Stenografische Strafanstalt konnte jedoch in dem Verhalten des Meinede, zumal dieser bei dem schrecklichen Ereignis keine unflätigen Gebärden hatte bemerkbar werden lassen, ein strafbares Tun nicht erblicken und schloß sich daher der freisprechenden Entscheidung des Vorberichters an.“ — Parteigesandten Gemütern und empfindlichen Nasen wird es wohl kaum gefallen, wenn diese neuere Art von „grobem Unfug“ ungestraft verübt werden kann. Aber schließlich wird sie sich schwerlich zu einer Nachplage auswachsen, ohne Zweifel zum Leidwesen unfruchtlicher, denen dadurch diese ergiebige Momente — aus der Nase gehen. Die Genussherven der heiligen Hermandad möchten auch allgemach darunter leiden, wenn sie eifrig noch dem wie ein Weibchen im verborgenen blühenden „groben Unfug“ zu suchen hätten.

Gommern, 4. Januar. (Von einem Ochsen zertrampelt.) wurde in Gommern der 16-jährige Arbeiter Karl Dorn aus Gommern. Er hatte versucht auf dem Tier zu reiten, fiel aber herunter und wurde so schwer verletzt, daß am anderen Tage sein Tod eintrat.

Neuhaldensleben, 4. Januar. (Ein Landwirtschaftliche Winterschule) wird hier wahrscheinlich am 1. Oktober dieses Jahres eröffnet werden. Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen hat der Errichtung einer solchen Schule zugestimmt.

Osterwieck, 4. Januar. (Die Wahlvereinsversammlung.) welche am 1. Januar bei Einde tagte, war leider wieder nicht besucht, dagegen zeitigten die Verhandlungen sehr interessante Debatten. Zunächst beschäftigte sich die Versammlung mit den verflochtenen Stadtverordnetenwahlen und nahm Stellung zu der Wahl am 12. Januar 1906. Einmütig wählte die Versammlung den bisherigen Vertreter Genossen H. Löwe wieder zum Kandidaten. Genosse Löwe, welcher zunächst ablehnte, nahm dann die Wahl an und forderte die Anwesenden auf, jetzt aber dafür zu sorgen, daß die Schlappe vom 28. November 1905 wieder ausgeweht wird. Als Delegierte zu der Generalversammlung in Bernigerode am 28. Januar wurden die Genossen Fr. Kunze und H. Löwe gewählt. Interessante Debatten entwickelten sich bei dem Punkte „Partei und Gewerkschaften“. Dieser Punkt welcher schon das Gewerkschaftsstatut beschäftigt hat, wird so bald nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden, da es unbedingt nötig ist, daß auch die Gewerkschaften sich etwas mehr mit den Prinzipien und Forderungen der Partei vertraut machen.

Salzwedel, 2. Januar. (Der ehemalige Bürgermeister) hat mit seiner Klage gegen die Stadt wegen Zahlung von Stipendien ein obliegendes Erkenntnis erreicht. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurde mitgeteilt, daß Herr Frey seine Forderungen an dritte Personen abgetreten habe. Der Magistrat hat sich aber darauf nicht eingelassen, weil seiner Ansicht nach Stipendienforderungen nicht abgetreten werden könnten. Die Angelegenheit regelt nun das Vormundschaftsgericht Berlin. Im übrigen werde der Preißische Sohn in acht Wochen mündig und könne dann selbst über das Geld verfügen.

Schönebeck, 4. Januar. (Die Sperre verhängt.) Weil mehrere Arbeiter der Firma Feld, Kotosinberei, wegen ihrer Verbandszugehörigkeit gemahregelt wurden, beschloß eine Fabrikversammlung am 30. Dezember, über den Betrieb die Sperre zu verhängen. Die Arbeiter von Schönebeck und Umgegend werden ersucht, diesen Beschluß zu beachten. In der Versammlung wurden scharfe Worte laut gegen Herrn Feld und Herrn Nieble. Die anwesenden Arbeiter schlossen sich alle der Organisation an und verpflichteten sich, treue Mitglieder zu bleiben, um bei einer günstigeren Geschäftslage die Rechte der Arbeiter nachdrücklich wahr zu können.

Stahlfurt, 3. Januar. (Ein besonderer Genuß) steht den Stahlfurter Einwohnern bevor. Am nächsten Montag wird die Heilkaarmee eine öffentliche Versammlung in Wieseners Lokal abhalten.

Bernigerode, 3. Januar. (Wahlvereinsversammlung.) Am kommenden Montag den 8. Januar findet die erste diesjährige Wahlvereinsversammlung statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Statutenberatung; 2. Wahl von Delegierten zu der am 28. Januar stattfindenden Generalversammlung; 3. Bericht der Reorganisations-Kommission; 4. Verschiedenes. Wie aus der Tagesordnung zu ersehen ist, verpricht die Versammlung eine sehr interessante zu werden, deshalb ist es auch Pflicht eines jeden Genossen, dafür zu sorgen, daß der Besuch ein zahlreicher wird.

Bernigerode, 4. Januar. (Stadtverordneten-Sitzung.) Die letzte Stadtverordneten-Sitzung im alten Jahre hätte bald das Schicksal vieler Reichstags-Sitzungen teilen müssen, d. h. sie konnte beinahe wegen Verschlussfähigkeit nicht stattfinden. Fast eine Stunde mußten die Erschienenen warten, bis endlich doch die zur Verschlussfähigkeit erforderlichen 13 Mitglieder herantelephoniert bzw. durch Boten herangeführt worden waren. Für die Anlage eines Kanals von der Ecke Pjarr- und Bahnhofstraße bis zur Holtemme, deren Kosten die Stadt und die Bahnverwaltung gemeinsam tragen, sind bereits früher als Anteil der Stadt 2500 Mark bewilligt worden. Es hat sich aber herausgestellt, daß dieser Betrag nicht ausreicht, da die Ausführung Schwierigkeiten begegnet. Der Magistrat verlangt daher weitere 1350 Mark, die auch bewilligt wurden. — Der Kreisauschuß ist an die Stadt wegen Neuordnung des Desinfektionswesens herangetreten. Er schlägt vor, den Kreis in zwei Bezirke, Bernigerode und Jilbersburg, einzuteilen. Der Magistrat empfiehlt, auf den Vorschlag einzugehen, wenn der Kreis einen Pauschalpreis von 50 Mark pro Jahr für Benutzung des Apparats zahlt und außerdem die Verpflichtung übernimmt, die Kosten für die etwa notwendig werdende Ausbildung eines neuen Desinfektors zu tragen. Auf Anfrage des Genossen Bartels erklärte Erster Bürgermeister Obeling, daß eine besondere Gebühr für Benutzung des Apparats in keinem Falle mehr erhoben wird; dagegen hat derjenige, bei dem die Desinfektion nötig wird, die Kosten für Transport und Bedienung des Apparats zu

tragen; im Unermögensfalle erfolgt die Desinfektion auf Kosten der Polizei. — Der bisherige Oberpfarrer Riem ist in den Ruhestand getreten; die Oberpfarre muß nun für den Amtsnachfolger Dr. Zimmer wieder hergerichtet werden, und zwar auf Kosten der Stadt. Da diese zur Instandsetzung der Amtswohnung verpflichtet ist. Der Magistrat beantragt für Ausführung dieser Arbeiten 513,50 Mark. Erster Bürgermeister Obeling stellt hierbei jedoch mit, daß der neue Oberpfarrer noch eine Anzahl weiterer Wünsche bez. Instandsetzung der Wohnung geltend machen werde. Soweit dieselben berechtigt seien, was noch näherer Feststellung bedarf, werde die Stadt auch hierfür die Kosten übernehmen müssen. — Es folgte die Festsetzung einiger Etats für das Jahr 1906. Dieselben sind ohne öffentliches Interesse, einige weitere Etats sowie die Beschlußfassung über endgültige Anstellung eines Lagerhalters auf dem Gaswerk werden der nächsten öffentlichen Sitzung „hervorgehoben“. Zu erwähnen wäre vielleicht mit der Etat der gemeinlichen Fortbildungsschule, der in Einnahme und Ausgabe mit 5090 Mark abschließt. Der Aufschuß der Stadt ist auf 2278,75 Mark, die Einnahme aus Schulgeld auf 607 Mark festgesetzt. — Die alle Haushaltungswirtschaft ist bekanntlich durch Wölschung beseitigt worden. Nur einer der Interessenten, Fr. Jordan, ist hiermit nicht einverstanden und hat den Klageweg beschritten. Die Klage ist völlig aussichtslos, der Magistrat wartet den Ausgang daher auch nicht ab, sondern unterbreitet ein neues Ortsstatut über Nutzung und Bewirtschaftung des Bürgerforstes. Der bisherige Bürgerforst hört danach auf zu existieren, das Bürgervermögen wird in Kammerevermögen umgewandelt. Gegen das Statut erhebt Genosse Bartels verschiedene Bedenken. Er führt aus, daß die Bürgerchaft gewisse Rechte auf den Forst habe und kann deshalb Beschränkungen nicht zustimmen. Das Mitbringen von Schweißhaden, Weilen und Ärgen seitens der Bescholzberechtigten müsse als Recht ausgedrückt werden und dürfe nicht, wie es in dem Statut geschieht, als besondere Vergünstigung hingestellt werden. Auch die schwere Bestrafung rügt Genosse Bartels. Das Statut sieht nämlich für Fortstrelch das erstmalige Verstoß der Bescholzerlaubnis auf ein Jahr vor, bei wiederholten Verstößen soll die Erlaubnis dauernd entzogen werden können. Erster Bürgermeister Obeling verteidigte die Bestimmungen des neuen Statuts, das danach denn auch unverändert angenommen wird. Bei dieser Gelegenheit verlangte Genosse Bartels auch Auskunft darüber, wie es mit dem Anrecht der Bürgerchaft auf Bierierung der Weihnachtstannen steht. In diesem Jahre seien die Beschwerden über den hohen Preis der Tannen und über die willkürliche Festsetzung des Preises besonders groß. Die Stadt solle doch mit den Weihnachtstannen kein Geschäft machen. Erster Bürgermeister Obeling erkennt die Beschwerden als berechtigt an. Die Stadt wolle kein Geschäft mit den Tannen machen, und wenn er rechtzeitig Kenntnis von den geforderten Preisen erhalten hätte, wäre er unbedingt dagegen eingeschritten. Dem betreffenden Beamten müsse als Entschuldigung angerechnet werden, daß er das Interesse der Stadt habe wahrnehmen und für die Tanne möglichst viel Geld habe abliefern wollen. Ein Recht der Bürgerchaft auf Bierierung der Tannen könne er aber nicht anerkennen. Er bezweifle auch, daß die Bierierung immer werde beibehalten werden können. Hieraus fand eine nicht öffentliche Sitzung statt.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 3. Januar 1906.

Ruppelai. Der Arbeiter Albert Walsbirk hier, geboren 1883, vorbestraft, wurde wegen Zuhälterei zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 3. Januar 1906.

Ruppelai. Der vielfach vorbestrafte Zynakke Robert Helmmann aus Wahrsleben wird wegen schwerer Ruppelai zu 2 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Außerdem wurde die sofortige Verhaftung angeordnet. Die Verhandlung fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Betrug. Der Landwirt Walbemar Mücke aus Ostrowo ist gefänglich, im Herbst 1905 einen Gastwirt in Halberstadt durch Vorprägung falscher Tatsachen um 500 Mark betrogen zu haben. Außerdem hat der Angeklagte mittels eines Briefes von seinem Schwager in Sonderhausen 3000 Mark zu erpressen versucht. Wegen Betrugs und Erpressung lautet das Urteil auf 8 Monate Gefängnis.

Körperverletzung. Das Schöffengericht zu Wahrsleben beurteilte den Arbeiter Emil Habertorn aus Habmersleben wegen schwerer Körperverletzung in zwei Fällen zu 3 Wochen Gefängnis, den Arbeiter Friedrich Schrader aus Habmersleben wegen einfacher Körperverletzung zu 30 Mark und die Ehefrau Julie Schrader geb. Rasch wegen schwerer Körperverletzung zu 20 Mark Geldstrafe. Die von den Angeklagten eingeleigte Berufung wurde kostenpflichtig verworfen.

Diebstahl und Unterschlagung. Der Tischlerlehrling Karl Holland aus Halberstadt hat im Juni 1905 in Friedrichsbrunn aus einer verschlossenen Bodenkammer 8 Mark gestohlen und einen ihm geliehenen Anzug unterschlagen. Er wird deshalb zu 4 Monaten und 1 Woche Gefängnis verurteilt.

Diebstahl. Der Steinerehrling Hermann Hoffmann und der Zimmerlehrling Friedrich Moch, beide aus Bernigerode, haben gemeinschaftlich im Juli 1905 10 Flaschen Wein, 10 Mark bares Geld und 1 Taschenuhr gestohlen. Hoffmann wird wegen zweier schwerer Diebstähle und eines einfachen Diebstahls unter Einbeziehung der am 28. Oktober 1905 gegen ihn erkannten Gefängnisstrafe von 6 Monaten zu insgesamt 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Moch wird wegen schweren Diebstahls zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

Die Befreiung eines Einacsperrten. Vor der Berlin Strafkammer waren der Aufseher Max Prüfer wegen vorläufiger und der Schutzmann Borszin wegen fahrlässiger Gefangenensbefreiung angeklagt. Am 19. September mittags wurde der Handelsmann Kleinschmidt in Niddorf von einem Kriminalschutzmann sitziert und auf die Polizeiwache in der Bergstraße gebracht. Der den Arrestantendienst ver sehende Schutzmann W. sperrte den Sittleren in die Arrestantenzelle, in welche die auf dem Korridor gelegene ehemalige Küche der Wohnung umgewandelt worden ist. Der Schutzmann W., der der jüngste Schutzmann in dem betreffenden Nebenzimmer war, beging nun die auch von seinen älteren Kollegen vielfach begangene Unvorsichtigkeit, die Zelle von außen zuzuschließen, den Schlüssel aber im Drückerloch stecken zu lassen, weil die ehemalige Küche mitunter auch von den Schutzleuten zum Handwaschen usw. aufgesucht wird. Dies machte sich der bewilligte befreundete Angeklagte Prüfer zunutze. Er hatte das Terrain zunächst in der Weise sondiert, daß er auf der Polizeiwache erschien und dorthin für den Sittleren etwas Mittagbrot das er aus einer nahegelegenen Restauration besorgt hatte, überbrachte. Bei dieser Gelegenheit hatte er die Situation verständig in dem Nebenzimmer überblickt. Er hatte es später verstanden, sich unbemerkt in den Korridor zu schleichen, hatte das Schloß mit dem im Schlüsselloch sitzenden Schlüssel aufgeschlossen, den Miegel zurückgehoben und dem Kleinschmidt zugerufen, daß er herauskommen könne. Dann hat er sich eilig entfernt. Als Schutzmann Borszin außer mit der Ueberwachung der Arrestzelle auch Obliegenheiten zu tun hatte, nach einer Weile hinaus trat, fand er die Tür der Zelle geöffnet ausgeflogen. Der Zusammenhang der Befreiung des Schutzmanns Borszin wurde dem Gerichtshof erst durch den Angeklagten Prüfer dargelegt.

England zur Wahlzeit.

England steht vor dem Tage der allgemeinen Wahlen zum Unterhaus. Das "Muttersland des Parlamentarismus" hat für die Wahlen ein sehr entwickeltes System ausgebildet.

Sobald das alte Parlament aufgelöst ist, werden die Parlamentswahlbestimmungen vom König erlassen; diese sind von den Sekretären des Großkanzlers gleich nach der letzten Neuwahl, in der Regel also schon sechs Jahre vorher, vorbereitet und ersehnen in demselben Maße, an dem das alte Parlament durch königliche Verordnung aufgelöst wird.

Und nun beginnt der Wahlkampf mit seinem aufgeregten Treiben, das in England manchmal die Form eines politischen Karnevals annehmen scheint.

Das Wahlrecht für den Wähler ist sehr weitläufig; es ist die Zeit der Zettelankleber, die Entzeit für den Wähler von Miesfällen aller Art; es werden viele Hände zum Zettelverteilen und Kleben zum Ausruhen gebraucht. Es ist keine kleine Aufgabe, an die 7 194 974 Wähler, die das Vereinigte Königreich zählt, heranzufinden, und die 1900 ernsthaften Kandidaten lassen kein Mittel unberührt, sich die Gunst der Wähler zu erringen.

Und nicht nur das einfache Bild, sondern auch ganze lineamographische Vorführungen, die von einer eigens zu diesem Zwecke gebildeten Gesellschaft vorbereitet wurden, sollen im gegenwärtigen Wahlkampf zum erstenmal den Parteien bei der Bearbeitung der Wähler Dienste tun, indem sie ihnen die Gefahren des Freihandels und der unbeschränkten Freiheit, "käftiger Einwandere", in drastischen "lebenden" Bildern vor Augen führen.

Sie ist das Feld, auf dem sich vor allem die englische Frauenschaft zu betätigen hat. Die Haupttätigkeit haben die "Damen" am Wahltag zu erfüllen, wenn sie als "Schlepper" fungieren; bei dieser Aufgabe spielt das Automobil eine immer wichtigere Rolle im Wahlkampf.

Immerhin stellt sich auch so die Parlamentswahl in England als eine sehr kostspielige Affäre dar, und es ist wohl nicht zu niedrig gegriffen, wenn die durch eine allgemeine Wahl für alle Beteiligten verursachten Kosten auf 20 000 000 Mark geschätzt werden.

Bermischte Nachrichten.

Abentener eines Geistes in der Christnacht. Man schreibt der Wiener Arbeiter-Zeitung aus Paris: Unter den eleganten Gästen, die im Cafe de la Paix nach dem Landeabdruck die Geburt des Heilands durch eine mächtige Fresserei feierten, erragte es keine geringe Seniarion, als ein Geisteskranker eintrat, der an jedem Arme eines ebenso fröhliche als ungerierte Dame führte.

Die Unbescheidte. Einige Tage nach Weihnachten. In der zweiten Klasse einer Mädchenschule, einige Minuten vor Anfang der Unterrichtsstunde. Die Kinder sind schon vollständig anwesend und machen einen heidenlärm. Die Lehrerin hat ihnen erlaubt, ihr die erhaltenen Weihnachtsgeschenke zu zeigen.

„Nichts?“ verwundert sich die Lehrerin. „Warum nicht?“ — „Weil...“ flötete das Kind, „weil ich nicht bekommen habe.“ — „Was nicht?“ — „Den Keks.“ — „Auch keinen Christbaum?“ — „Nein.“ — „Auch keinen Christbaum, bitte.“ Die Lehrerin blüht eine Weile verblüht auf den blonden Kinderkopf. Dann streicht sie dem Mädel die Wangen. „Seh' Dich, Kunert!“

Elue hellere Spitzgeschichte wird aus Vedum i. West. berichtet. Im nahegelegenen Dorfe Wellern ist die ganze Bevölkerung rein aus dem Gauschen ob der wunderbaren Streiche eines geistreichen Individuums auf dem Meines-Beschäftigungsfeld. Während die Diener des Geistes, deren Hilfe man in Anspruch genommen hatte, bei Westhoffs in der Stube sitzen und ihre Betrachtungen über das rätselhafte Wesen aufstellen, legt dieses einen Brief auf den Küchentisch, in dem es schreibt, man solle sich doch nicht weiter bemühen, alle Nachforschungen würden doch vergeblich sein.

Geht Kindern keinen Alkohol!

Der Bericht über die Tätigkeit der Berliner Schulärzte im Jahre 1904-05, der städtischen Schuldeputation erstattet von Dr. Arthur Hartmann, enthält folgende interessante Ausführungen Die Schädigungen, welche durch Alkoholmissbrauch hervorgerufen werden, müssen dazu führen, daß schon die Schule diesen Schädigungen entgegenwirkt. Nach den Erfahrungen an der Freianstalt zu Dalldorf sind die Hälfte der Injassen frühere Trinker. Im Krankenhaus Friedrichshain wurden allein im Jahre 1903 208 Personen wegen Säuferwahnsinns auf die innere Abteilung aufgenommen. (7 Proz. der Aufgenommenen.) Welches Unheil der Alkohol in der Familie anrichtet, kann statistisch nicht festgestellt werden.

Nach der übereinstimmenden Ansicht aller Ärzte ist für Kinder unter 14 Jahren der Genuß alkoholischer Getränke schädlich. Kinder sollen Bier noch Wein, noch viel weniger Schnaps, auch nicht in kleinen Mengen erhalten. Die Hauptgefahr des gewohnheitsmäßigen Alkoholenusses liegt darin, daß die gewohnheitsmäßigen Trinker zu übermäßigen Trinkern werden. Nach den in einer Knaben- und in einer Mädchenschule angestellten Erhebungen nahmen alkoholische Getränke zu sich

Table with 3 columns: Item, Mädelchen, Knaben. 1. Nie oder nur selten. 16,6 Proz. 18,5 Proz. 2. Wöchentl. mindest. einmal Bier. 38,3 " 39,9 " 3. Täglich Bier. Schnaps. 10,9 " 11,9 " 34,4 " 4,3 "

Mehr als vier Fünftel sowohl der Knaben als der Mädchen nehmen somit gewohnheitsmäßig alkoholische Getränke zu sich, so daß der gewohnheitsmäßige Genuß alkoholischer Getränke als Volksfrage zu betrachten ist. Gegen diese Volksfrage anzukämpfen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Volksgesundheitspflege. Aufgabe der Schulärzte und der Lehrer ist es, in diesem Kampf einzutreten.

Schon in der Schule ist die ungünstige Einwirkung alkoholischer Getränke besonders bezüglich des Schnapses nachweisbar. Von 100 Kindern, die nie oder nur selten alkoholische Getränke zu sich nehmen, haben diejenige weniger als genügend 6,3 Mädchen, 21,9 Knaben, die wöchentlich einmal Schnaps trinken 16,5 Mädchen, 35,5 Knaben, die täglich Schnaps trinken 55,5 Mädchen, 60,5 Knaben.

Kleine Chronik.

Rachtlänge zum Sartorius-Prozess. Der Chemiker Dr. Roslinger aus Neustadt a. S. wurde vorläufig aus der Unterjüngerschaft entlassen. Er war wegen Verdachts der Weiskunde zur Weiskunde am 11. August v. J. verhaftet und nach Frankfurt abgeführt worden. Gegen ihn wird in der nächsten Zeit verhandelt werden. Die mit der Strafsache gegen Dr. Roslinger verbundenen Erhebungen hatten den Anlaß gegeben zur Einleitung des Strafverfahrens gegen den inzwischen zu 3000 Mark Geldstrafe verurteilten Reichstagsabgeordneten und Weiskundigen Sartorius-Mußbach. — Die Gesamtflotten des Sartorius-Prozesses belaufen sich nach vorläufiger Schätzung auf 20 bis 30 000 Mark; sie werden sich noch bedeutend erhöhen, da der Verurteilte die Revision beim Reichsgericht hat anmelden lassen.

Große Militärdiebstähle.

Im Dezember v. J. wurde bei einer bei dem Althändler Behrendt in Polen vorgenommenen Hausdurchsuchung u. a. eine große Menge scharfer Militärdarstellungen älteren Kalibers beschlagnahmt. Die zweifellos aus Militärdiebstählen herrührend. Zugleich wurde außer einer Barsumme von rund 6000 Mark das Warenlager des Behrendt und ein umfangreicher Vorratwechsel mit Unteroffizieren verschiedener Regimenter der Stobruzer Polen, Pommern und Westpreußen beschlagnahmt. Aus dem hervorgehenden scheint, daß diese Unteroffiziere zu den Patronen- und Munitionsdiebstählen in irgend einem Verhältnis stehen. Behrendt, der sich als Kaufmann bezeichnet, aber weder lesen noch schreiben kann, so daß seine Frau die gesamte umfangreiche Korrespondenz erledigen mußte, scheint eine ganze Anzahl von Unteroffizieren zu Pflichtverletzungen veranlaßt zu haben. Obwohl die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist, haben die bisherigen Ermittlungen gegen eine Anzahl von Unteroffizieren den Verdacht, daß sie Patronen und Gewehre, die sie auf unrechtmäßige Weise sich angeeignet hatten, an Behrendt verkauft haben, so weit verdächtigt, daß in den letzten Tagen ihre Festnahme erfolgen mußte. In Grünberg i. Schl. wurde der Waffenhändler Georg Zoll unter dem Verdachte verhaftet, der Abnehmer des von Behrendt erstandenen Diebstahls zu sein. Über eine Woche lang waren mehrere Posten Kriminalbeamte in Grünberg i. Schl. tätig gewesen, ehe sie zur Verhaftung Zolls, der sich auch des Landesverrats schuldig gemacht haben soll, übergingen. Außerdem war ein Untersuchungsrichter vom Posten Landgericht seit mehreren Tagen in dieser Angelegenheit in Grünberg anwesend; er hatte zur Führung der Untersuchung im Hotel Reichsadel ein eigenes Bureau eingerichtet. Bei der Untersuchung des Warenlagers wurden etwa 600 Gewehre der Modelle 71 und 71/84, 400 scharfe Patronen 71/84 und auch solche Modell 88 beschlagnahmt.

Ein Menckelleben hinter Kerkermauern. Von Deutschland aus Amerika wurde der 1903 zu Sadne geborne Schutzpatron Charles O'Connell ausgeliefert, der als einer der verwegenen Verbrecher gilt. Er war nach Verurteilung eines schweren Diebstahls, verbunden mit Todschlag im Jahre 1899 von Amerika nach Deutschland geschickt, wo er seine verbrecherische Tätigkeit wieder aufnahm. So überfiel er in Frankfurt a. M. den Angestellten

eines Bankhauses und raubte ihm 224 000 Mark. Bei seiner Flucht verlor er ein Paket mit 67 000 Mark Inhalt, doch auf seine Verfolger, konnte aber bald darauf selbigenommen werden. Er wurde zu insgesamt zwölf Jahren Gefängnis verurteilt und zur Verbüßung dieser Strafe nach Braunka gebracht. Da er während seiner Haft einen Mitgefängenen schwer mißhandelte, erhielt er eine Zusatzstrafe von einem Jahre. Inzwischen hatte man in New-York von der Ergreifung des O'Connell in Deutschland Kenntnis erhalten und ihm eine Zuchthausstrafe von 1 1/2 Jahren zubilligt. Nachdem er vor kurzem die 13 Jahre in Deutschland verbüßt hatte, beantragte der Vorkämpfer der Vereinigten Staaten in Berlin die Auslieferung des Verbrechers an Amerika, welchem Verlangen stattgegeben wurde. O'Connell traf infolgedessen mit dem Eisenbahn-Arrestanten Sammelwagen von Braunka in Hamburg ein, wo er nach Erledigung der nötigen Formalitäten an Bord des Dampfers "Amerika" gebracht wurde, der am Dienstag die Ausreise nach New-York angetreten hat.

Mordtaten.

Der Arbeiter Joseph Drisch in Biskupitz bei Gleiwitz spaltete seiner Ehefrau durch Knüttelschläge den Schädel. Der Mörder wurde verhaftet. — Zu Silvester erdug in Schmieberg der Maschinenführer Ludwig den Arbeiter Brande im Streit mit einem Holzpantoffel.

Vereins-Kalender.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt: Sonnabend den 6. d. M., abends 8 Uhr, Sektion der Stellmacher bei Thiering, Tischlergasse 28; Franke der Stuhl- und Polstergestellarbeiter im "Bürgerhaus", Stephansbrücke 38; Sonntag den 7. d. M., vormittags 10 1/2 Uhr, Sektion der Korbmacher bei Thiering, Tischlergasse 28. Die Werkstätten-Delegierten tagen Mittwoch den 10. d. M. im "Bürgerhaus". — Verband der Kupferschmiede. Sonnabend den 6. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei G. Kühne, Kleine Klosterstraße 15-16. Neue Neustädter Arbeiter-Gesangverein. Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr Generalversammlung. — Thale. Sonnabend den 6. d. M., abends 8 Uhr, Volksvereins-Versammlung im "Reichstanzler". — Wernigerode. Wahlverein. Montag den 8. Januar, abends 8 Uhr, Versammlung im "Volksgarten". 366

Briefkasten.

B. B. Nr. 27. Wenn der natürliche Vater eines unehelichen Kindes seine Verpflichtungen diesem gegenüber vollständig erfüllt hat, dann hat das Kind keinerlei Ansprüche auf den Nachlaß.

Wahlkreis Neubrandenburg-Mecklenburg. Im Monat Dezember sind bei der Kreisliste eingegangen: Von Calbe 2,00. — Von Waderburg 50,00. — Von Volkswere 200,00. — Von Warby 15,00. — Von Schönebeck 50,00. — Von Staßfurt (Nichtschmaus Pastorhaus) 1,00.

Für die Opfer der russischen Revolution sind ferner eingegangen: Von Calbe 44,50. — Von Staßfurt 50,00. — Von Staßfurt (Extrakt beim Maurer-Vereine) 15,00. — Von Staßfurt (Staßfurter) 0,65. — Schönebeck 85,71. Insgesamt für die Russen eingegangen und abgeschickt 723,09 Mark. W i g o r o w s k i.

Marktberichte.

Magdeburg, 3. Januar. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb 170 Rinder, 163 Kühe, 69 Schafvieh etc., 1034 Schweine. Verkauf für 100 Pfd. Lebendgewicht: Ochsen: a) vollfleischige 40-42 Mark, b) junge fleischige und ältere ausgemästete 37-39 Mark, c) mäßig genährte junge und ältere 33-36 Mark, d) gering genährte jeden Alters 30-32 Mark. Bullen: a) vollfleischige, ausgemästete bis zu 5 Jahren 38-41, b) vollfleischige jüngere 34-37, c) mäßig genährte jüngere und ältere 31-33 Mark, d) gering genährte jüngere und ältere 28-30 Mark. Färken und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färken höchsten Schlachtwertes — 31, b) vollfleischige Kühe bis zu 7 Jahren 31-33 Mark, c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färken 28-30 Mark, d) mäßig genährte Kühe und Färken 25-27 Mark, e) gering genährte Kühe und Färken 20-24 Mark. Kälber: a) feinste Mast- 50-54 Mark, b) mittlere 44-48 Mark, c) geringe Saugkälber 34-40 Mark, d) ältere, gering genährte (Zweijer) — 22 Mark. Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Mastlammel 33-36 Mark, b) ältere Mastlammel 30-32 Mark, c) mäßig genährte 28-30 Mark. Schweine: (mit 20 Prozent Tara): a) vollfleischige 72-73 Mark, b) fleischige 70-71 Mark, c) gering entwickelte 66-69 Mark, d) Sauen 65-69 Mark. Verkauf und Tendenz laugsam. Ueberstand: 10 Rinder, — Kühe, — Schafe, 27 Schweine.

Viehmarkt.

Magdeburg, 3. Januar. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb 170 Rinder, 163 Kühe, 69 Schafvieh etc., 1034 Schweine. Verkauf für 100 Pfd. Lebendgewicht: Ochsen: a) vollfleischige 40-42 Mark, b) junge fleischige und ältere ausgemästete 37-39 Mark, c) mäßig genährte junge und ältere 33-36 Mark, d) gering genährte jeden Alters 30-32 Mark. Bullen: a) vollfleischige, ausgemästete bis zu 5 Jahren 38-41, b) vollfleischige jüngere 34-37, c) mäßig genährte jüngere und ältere 31-33 Mark, d) gering genährte jüngere und ältere 28-30 Mark. Färken und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färken höchsten Schlachtwertes — 31, b) vollfleischige Kühe bis zu 7 Jahren 31-33 Mark, c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färken 28-30 Mark, d) mäßig genährte Kühe und Färken 25-27 Mark, e) gering genährte Kühe und Färken 20-24 Mark. Kälber: a) feinste Mast- 50-54 Mark, b) mittlere 44-48 Mark, c) geringe Saugkälber 34-40 Mark, d) ältere, gering genährte (Zweijer) — 22 Mark. Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Mastlammel 33-36 Mark, b) ältere Mastlammel 30-32 Mark, c) mäßig genährte 28-30 Mark. Schweine: (mit 20 Prozent Tara): a) vollfleischige 72-73 Mark, b) fleischige 70-71 Mark, c) gering entwickelte 66-69 Mark, d) Sauen 65-69 Mark. Verkauf und Tendenz laugsam. Ueberstand: 10 Rinder, — Kühe, — Schafe, 27 Schweine.

Wasserstände.

Table with columns: Location, Date, Water level. Includes entries for Jungbunzlau, Straßfurt, Weissenfels Unt., Erfurt, Altleben, Verburg, Calbe Oberpegel, Calbe Unterpegel, Dessau, Muldebrücke, Bardubitz, Braubitz, Melitz, Reimnitz, Ruffitz, Dresden, Lorgau, Bitterberg, Hoyten, Parby, Schönebeck, Magdeburg, Langermünde, Bitterberge, Broda-Dömitz, Seiersburg.

Verrenkte und gänzlich die Gutsgebäude an. Viele Häuser sind völlig zerstört, einige Gutsbesitzer gefangen genommen. —

* London, 3. Januar. Der Petersburger Korrespondent der „Times“ meldet, daß der Direktor der Bahnhöfe, die von Petersburg nach dem Jarenischloffe Barfjelo Selo führt, verhaftet wurde. Der Direktor hatte Beziehungen zu den Revolutionären, die er inhaftig unterhält. —

* Warschau, 3. Januar. Die sozialdemokratische Partei erklärt heute den hiesigen Generalstreik für beendet, die Arbeiter sollten neue Kräfte zum zukünftigen letzten Kampfe sammeln. —

* Warschau, 3. Januar. Aus Radom wird hierher gemeldet: Auf der Dombrowastrecke wurde auf einen Zug bei einer Brücke in der Nähe der Station Jastrzomb ein dynamitischer Schlag vollführt. Darauf überfiel eine bewaffnete Schaar von 30 Mann den Bahnhof Jastrzomb, veranlaßte die Stationskasse und zerstörte die Bahneinrichtungen. Der Verkehr auf der Dombrowastrecke ist gänzlich unterbrochen. — In Dobiec, Gouvernement Radom, überfielen 20 Bauern die Kanzlei des Oberförsters, raubten die Kasse und beschädigten das Gebäude durch Dynamit. — Eine Aufbruchtruppe von etwa 500 Mann plünderte die Gemeindefanzlei und das Schulgebäude der Gemeindefschule Wodgchow. —

Sd. Petersburg, 4. Januar. Wie das Blatt „Molva“ berichtet, wird der Prozeß gegen die Moskauer Revolutionäre erst nach Zusammentritt der Reichsduma beginnen und die allgemeine Amnestie folgen. —

Sd. Petersburg, 4. Januar. Nach hier eingetroffenen Meldungen befinden sich Watum und Noworossisk noch immer in den Händen der Revolutionäre. Viele und Telegramme können infolgedessen nach dort nicht befördert werden. Der Verkehr zwischen Rußland und Kaukasien ist andauernd völlig unterbrochen. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 4. Januar 1906.

— **Außerordentlicher Städtetag der Provinz Sachsen.** In einer gestern mittig hier unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Schneider abgehaltenen Vorstandssitzung wurde beschlossen, einen außerordentlichen Städtetag der Provinz Sachsen auf Freitag den 12. Januar hierher nach Magdeburg zu berufen. Da der „mittelbare Staatsbeamte“, der Oberbürgermeister unserer Stadt, bei den Vorberatungen stark beteiligt ist, so läßt sich erwarten, daß alles aufgehoben wird, um die Kundgebung des Städtetags so zahlreich wie möglich ausfallen zu lassen. Deshalb hat man sich darauf geeinigt, die Bestimmungen über die Konfessionalität der Volksschule überhaupt nicht zu erörtern. Der wichtigste Teil der Schulvorlage soll also nicht besprochen werden, weil man „oben“ nicht anstoßen will. Daran erkennt man die Diplomatie des Herrn Schneider, der nur ein Mittel kennt, um etwas zu erreichen: recht tiefe Bücklinge. Der Städtetag der Provinz Sachsen wird also nur eine Besprechung derjenigen Bestimmungen im Entwurf des Schulunterhaltungsgegesetzes, die das Selbstverwaltungsrecht der Städte beeinträchtigen, vornehmen. Gegen diese Bestimmungen soll ev. durch Beschlüsse der Städtetage genommen werden. Als Berichtserstatter sind die Herren Erster Bürgermeister Helian-Silkenburg und Stadtschulrat Dr. Franke-Magdeburg anzuordnen. Die Tagung findet im Stadtverordnetenversammlungssaal des Rathauses statt; sie beginnt um 10 Uhr vormittags. —

— **Ein sogenanntes Volkslegikon** wird seit einiger Zeit besonders in den Fabriken Magdeburgs von einem recht aufdringlichen Reisenden den Arbeitern angeboten. Das Buch kostet 15 Mark. Jeder, der es bestellt hat, muß einen Schein unterschreiben, in dem er sich zur Abnahme und zur Bezahlung verpflichtet. 2 Mark werden unter Nachnahme erhoben, wenn das Buch von der Verlagsbuchhandlung geliefert wird, das übrige Geld muß in Monatsraten gezahlt werden. Das Volkslegikon ist nun ein Buch, dessen Wert keineswegs dem dafür gezahlten Preise entspricht. Insbesondere Arbeiter erleben regelmäßig eine Enttäuschung, wenn sie es erhalten. Die nationalökonomischen und sozialpolitischen Artikel sind wissenschaftlich wertlos, voller unrichtiger Angaben und gehässiger Bemerkungen gegen die Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratie. Das wird begreiflich, wenn man sich die Mitarbeiterliste ansieht. Unter den Mitarbeitern für Sozialpolitik sind die Namen Stöckel, Weberl, Mummel, Durckhardt usw., lauter Wortführer der Christlichsozialen, Antisemiten und Sittlichkeitsvereiner. Das ganze Legikon ist nichts anderes als ein Verzeichnis der Eideckelner, für ihre Anschauungen unter den Arbeitern Propaganda zu machen und gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften zu hetzen, und da sie offen nicht hervorreten dürfen, bemühen sie sich das Deckungsjahil eines neutralen Volkslegikons. In recht raffiniertes Weise suchen die Agenten des Verlags besonders unter den Arbeitern in den Fabriken Abnehmer für das Nachwert, wobei sie ihnen natürlich von dem wahren Charakter des „Volkslegikons“ keine Mitteilung machen. Merkwürdigerweise werden sie sogar in Fabriken zugelassen, in denen sonst kein Händler oder Reisender Eintritt erhält. Das sieht gerade so aus, als seien die Fabrikanten über die wahre Natur des „Volkslegikons“ orientiert. Wir warnen die Arbeiter mit allem Nachdruck vor dem Ankauf von Demerks Volks-Universallikon. Haben Sie erst den Vorkaufschein unterschrieben, dann müssen Sie auch das Werk nehmen und bezahlen. Die Beilagescheine solcher Firma sind stets so abgefaßt, daß die Gerichte, wenn es zur Klage kommt, die Verkäufer zur Abnahme und Bezahlung verurteilen müssen. Nachträgliche Reklamationen nützen nichts, wenn ein Buch bestellt ist. Also keinen Vorkaufschein unterschreiben! Wer ein gutes, wissenschaftlich objektives und brauchbares Legikon haben will, der wende sich an die Buchhandlung Volksschule in m. e. —

— **„Der verlorene Sohn“.** Dieser berühmt gewordene Roman des englischen Schriftstellers „Hall Caine“ gelangt vom 1. Januar ab in der in weiten Kreisen der Parteigenossen längst bekannten und beliebten Zeitschrift „In Freien Stunden“, herausgegeben von der Buchhandlung Vorwärts, zum Abdruck. Wie schon der Titel andeutet, ist der Held dieses Romans ein auf seiner Lebensbahn einzelner Erdenspieler. Unabgesehen davon bringt der Leichtsinn des stumpfsinnigen Großvaters über sich und seine ganze Familie. Als Knabe schon von allen umschmeichelt und von den Eltern vergöttert, wendet sich erst die graufame Hand des Lebens aus seinem wahren Tanniel. Mit Graufen und Ekel sieht

er den Abgrund, dem er zugeht und die Erkenntnis festigt in ihm den Willen, durch ernste Arbeit zu sühnen, was er durch Leichtsinn verbrochen hat. Der Roman wird illustriert von dem Münchner Maler J. Damböcker. Neben dem leitenden Roman kommt zunächst zum Ausdruck: „Der Flüchtling“, ein Roman aus dem Revolutionsjahr 1848 von Moriz Hartmann. Der Verlag hat mit diesen beiden Romanen einen guten Griff getan und wir können unsern Lesern das Abonnement der Zeitschrift empfehlen. In jeder Woche erscheint ein 24 Seiten starkes illustriertes Heft für 10 Pf., das neben den Romanen noch kleinere Aufsätze und wissenschaftliche Notizen enthält. „In Freien Stunden“ ist eine Familienzeitschrift im besten Sinne des Wortes, sie sollte in jeder Arbeiterfamilie gelesen werden. Das Abonnement kann bei den Zeitungscolporteurs und bei der Buchhandlung Volksschule jederzeit begonnen werden.

— **Einstellung des Schiffsverkehrs.** Das anhaltende Frostwetter der letzten Tage hat nun zur Einstellung der Schifffahrt auf der Elbe geführt. Da das Treibeis bereits sehr stark ist, wird ein weiterer Schiffsverkehr auf der Elbe unmöglich und so sah man denn dieser Tage die Schiffe den schließenden Häfen zusteuern. Nur hier und da fuhr ganz vereinzelt ein Schlepptau elbabwärts. Durch zwei kleine Dampfer wurden die Rähne in die Rolle und den -Hafen bugliert. Die Schiffer begeben sich mit „Sack und Pack“, ihre transportablen Habeligkeiten auf dem Rücken, zur Bahn. Sie verbringen zu Hause die Zeit mit unfreiwilliger Muße, die die Kälte ihnen auferlegt. —

— **Städtische Haushaltpäne.** Den Stadtverordneten sind bereits eine Anzahl von Haushaltpänen vorgelegen, die teilweise in der heute stattfindenden Stadtverordnetenversammlung erledigt werden sollen. Wir geben die Endzahlen von einigen Einnahmen wieder:

Bei der Sparkasse sind die Ausgaben in folgender Weise festgestellt worden: Persönliche Ausgaben 59 719,33 Mark, sächliche Verwaltungskosten 47 359 Mark, zur Umwandlung 1221,87 Mark, zusammen 108 300 Mark. Die Ueberschüsse haben betragen im Jahre 1903 727 953,47 Mark, im Jahre 1904 772 654,29 Mark. Der Entwurf zum Haushaltplan für die städtischen Anlagen und Erholungsanstalten weist auf ein Einnehmen: Herrentrug 44 838,04 Mark, Friedrich-Wilhelmsgarten 20 237 Mark, Gruson-Gewächshäuser 5848,16 Mark, Vogelgefang 4671,83 Mark, Stadtpark (Rothhorn) 31 340 Mark, vom Kleinen Stadtpark 1800 Mark und kleinere Einnahmen, zusammen 109 600 Mark; an Ausgaben: Herrentrug 27 304,71 Mark, Friedrich-Wilhelmsgarten 11 102,46 Mark, Gruson-Gewächshäuser 28 507,18 Mark, Vogelgefang 7960,14 Mark, Stadtpark und Rothhorn 33 169,28 Mark, zusammen 170 600 Mark. So daß ein Zufluß von 61 000 Mark erforderlich ist.

Nach dem Entwurf zum Haushaltpan des Stadttheaters für 1906 legen sich die Einnahmen aus folgenden Posten zusammen: Plätze und Mietsen: Vom Theaterdirektor Casibus 12 000 Mark für das Theater und 13 760 Mark für Garderoben, vom Restaurateur Sühr 13 000 Mark, für Polsterarbeiten 80 Mark, für Beleuchtung 16 790 Mark, Entschädigung für das technische Personal vom Theaterdirektor Casibus 2168 Mark, zufällige Einnahmen 102 Mark. Diefen Einnahmen stehen folgende Ausgaben gegenüber: Zinsen und Tilgungskosten 6305,10 Mark, Unterhaltung des Grundstücks 16 844 Mark, Verwaltungskosten 1557,80 Mark, für die elektrische Beleuchtung 16 820 Mark, für das technische Personal 2000 Mark, Vergütung an den Theaterdirektor 12 000 Mark, für zufällige Ausgaben usw. 1432,06 Mark. Das Ueberschuldenkapital beträgt in Summa 993 618,25 Mark. Ferner sind noch aufgewendet 159 681,18 Mark. An jährlichen Aufwendungen für das Theater sind daher zu berechnen: 3/2 Prozent zur Verzinsung der 993 618,25 Mt. = 34 776,64 Mark, 4 Prozent zur Verzinsung der 159 681,18 Mark = 6387,25 Mark, 1 Prozent zur Tilgung der insgesamt 1 153 299,43 Mark = 11 532,99 Mark, zusammen 52 696,88 Mark.

Im Haushaltpan bzw. im Haushaltpan für das Maschinenwesen sind für das Stadttheater vorgezogen zusammen 6000 Mark. Es stellen sich mithin die Aufwendungen auf 58 696,88 Mark, so daß sich nach Abrechnung der zur teilweisen Verzinsung des Anlagekapitals eingestrichelten 1000 Mark ein Fehlbetrag von 57 696,88 Mark ergibt. Für das städtische Orchester ist eine Einnahme von 124 800 Mark und eine gleiche Ausgabe vorgezogen.

Die städtischen Handelsanstalten und Strecken sollen 127 600 Mark einbringen und 99 750 Mark kosten, so daß sich hier ein Ueberschuß von 27 850 Mark ergibt. Beim Neuen Bachhof wird ein Ueberschuß von 29 900 Mark veranschlagt, bei der Hafen- und Lagerhausverwaltung decken sich die Einnahmen von 660 870 Mark mit der Ausgabe.

Im Haushaltpan des Schlachthofs ist ein Nettouberschuß von 66 050 Mark gegen 54 000 Mark in 1905, d. i. ein Mehr von 12 050 Mark, vorgezogen. Während bei dem Viehhof in den Vorjahren Mehreinnahmen nicht zu verzeichnen waren, erscheint in dem vorliegenden Haushaltpan eine Nettouberschuß von 3700 Mark.

Die städtische Gutsverwaltung in Körbelitz will einen Ueberschuß von 45 700 Mark gegen 41 500 Mark im Vorjahre erzielen. —

— **Die Militärpflichtigen** des Stadtkreises Magdeburg haben sich in der Zeit vom 8. bis 31. Januar im städtischen Militärbureau, Hirschstraße 1, zwecks Aufnahme in die Rekrutierungs- und Stammrollen zu melden. Wir verweisen auf die — der „Volkstimme“ nicht zugehenden — amtlichen Bekanntmachungen des Magistrats und die Plakate an den Tafelhäulen. —

— **Ein Kampf um Koalitionsrecht.** Zum Streik in der chemischen Fabrik von Hermann und Karl Fischer in Döbendorf sei noch mitgeteilt, daß der Bezirksleiter des Fabrikarbeiter-Verbandes sich bemüht hat, die Betriebsleitung durch gütliche Vorstellungen zu bewegen, von der angebotenen Entlassung der organisierten Arbeiter Abstand zu nehmen, sowie die vier Gemäßigten wieder einzustellen. Bei dieser Gelegenheit gab der Herr Direktor Voebel rüchhaltlos zu, daß die Entlassungen wegen Zurechnungsbefugnis zum Verband erfolgt seien. Die Polizeibehörde habe ihm mitgeteilt, daß die Arbeiter im Frühjahr streiken wollten; dagegen müsse er sich schütten. Die Absicht zu streiken ist bei den Arbeitern nie hervorgerufen. Die Behauptung, daß die Polizeibehörde Herr Voebel eine solche Mitteilung gemacht habe, klingt so ungeheuerlich, daß wir vorläufig noch gar nicht daran glauben können. Wir meinen, die Polizei hätte Befehrs zu tun, als durch unwarne Mitteilungen an einen Unterehmer ehrsliche Arbeiter und brave Familienväter brotlos zu machen. Es ist dringend notwendig, daß die zuständigen Polizeibehörden dazu äußern. Der Herr Direktor jagte des weiteren, daß keine Arbeiter gar keine Ursache hätten, einem Verband anzugehören, in seiner Fabrik sei alles aus beste besetzt. Wahr ist, daß die sanitären Einrichtungen mehr als alles zu wünschen übrig lassen; daraus werden wir noch des näheren zurückkommen. Die Arbeiter haben, vor die Wahl gestellt, aus ihrer Organisation auszutreten oder die Arbeit zu verlassen, das letztere gewählt. Sie haben damit bewiesen, daß sie Ehrgefühl genug besitzen, ihr heiligstes Recht zu verteidigen. Wir erwarten, daß alle Arbeiter die Streikenden in ihrem Kampf um das Koalitionsrecht solidarisch unterstützen werden. —

— **Die Eisenbahn auf der Taubener Elbe,** die in diesem Jahre besonders schon ist und bekanntlich bei geschützter Lage keine Gefahren bietet, ist nun eröffnet. Von der Seilerstraße bis zur Reyerbrücke wird Eintrittsgeld erhoben, während die Benutzung der weiteren Strecke bis zur Salzquelle frei ist. —

— **Vom Brande der „Flora“,** über den wir in geheimer Nummer schon ausführlich berichteten, werden noch einige Einzelheiten bekannt. So wird über die Art, wie die in der „Flora“ gestickenden Kleider Säuger gerettet wurden, folgendes mitgeteilt: Durch anhaltendes Wollen und unruhiges Verhalten eines kleinen Hundes, welcher der Kleider Säuger-Gesellschaft „d'Jumaler“ (Direktion Volkmann) gehörte, wurden Mitglieder der Gesellschaft wach und aufmerksam. Sie wendeten ihre andern bereits schlafenden Kollegen und riefen diesen dadurch das Leben. Der kleine Hund ist aber anscheinend mit verbrannt, ebenso wie die gesamte Garderobe, die Noten, Requisiten und Instrumente. Die Abgebrannten, die teilweise noch Brandwunden davongetragen haben, wurden von hilfsreichen Anwohnern in der Nachbarschaft in die Wohnungen aufgenommen, mit Kleidung versehen und auch mit Speise und Trank geliebt. Teilweise hatten sich die Leute nur mit dem Hemd bekleidet auf die angrenzenden großen Straßen gerettet. Auch der Wirt der „Flora“ (Karl Oertel) und sein gewaltig retteten mir das nackte Leben. Die Bekleidung war so gut, daß weder der Wirt noch die Angehörigen zunächst das Fehlen der verbrannten Kleider bemerken. Das gewaltige Feuer brannte eine solche Hitze, daß die Bewohner des Hinterhauses überdies noch darunter zu leiden hatten. In dem Hause zerbrachen 50 Fenster Scheiben, obgleich noch eine ziemlich breite Straße zwischen der „Flora“ und dem vorerwähnten Gebäude lag. Auch in dem schräg über die Straße liegenden dreistöckigen Gebäude, Vönerstraße 26 sprangen infolge der kolossalen Hitze und der direkten Einwirkung der Flammen Schaufenster, Hauslücken und Fensterscheiben. Das Gebäude war so gefährdet, daß die Feuerwehr die Schlauchlinie auf das Dach des Hauses leiten mußte. Ein erheblicher Teil der Wehr war allein zum Schutz dieses Hauses notwendig, das denn auch, ohne größeren Schaden erlitten zu haben, erhalten werden konnte.

Die „Flora“, welche heute einen trostlosen Anblick gewährt und nur einen Erdmehrschuß bildet, ist als damals größtes Haus im Jahre 1880 erbaut worden. Die erst in späteren Jahren an der Rückseite des Saales im Garten erbaute Sommerküche war massiv erhalten geblieben. Gebäude und Mobiliar waren von 1880 an der 80er Jahre stand das Lokal auch der Arbeiterkassen zur Verfügung, besonders bei der Reichstagswahl 1890 fanden dort wichtige Versammlungen statt. Infolge Verweigerung des Saales an einer Versammlung, in der Genosse v. Volkmar reden sollte, brach im Jahre 1892 der Boykott über die „Flora“ aus, der infolge Verweigerung auch der anderen Lokale für Versammlungen sich auf sämtliche großen Lokale Magdeburgs erstreckte. Seit dieser Zeit hat die „Flora“ der Arbeiterkassen zu Versammlungen auch nicht mehr zur Verfügung gestanden.

Ueber die Ursache des Brandes verlautet auch jetzt noch nichts Bestimmtes. Es wird behauptet, ein überheizter Kachelofen habe das Feuer verursacht, von anderer Seite mißt man einer Gasexplosion die Schuld bei. Die Untersuchung wird selbstverständlich durch die vollständige Vernichtung des Lokals und vor allem des mutmaßlichen Brandherdes sehr erschwert.

Die eine der leider so früh ums Leben gekommenen ist erst beim Jahresanfang in der „Flora“ in Stellung getreten, und zwar die jüngere, die 18jährige Berta Bauermeister.

— **Infolge des Brandes** sind die über das Lokal hinweggeführten Drähte der Fernsprecheitung verbrannt und zerissen, so daß die Verbindung mit Hamburg unterbrochen wurde. —

— **Ein eigenartiges Fahrhinderis** bildete am Dienstagabend gegen 12 Uhr an der Einfahrt zum Straßenbahn-Depot in Wilhelmstadt ein Hammel, der auf den Schienen stand und den Wagen herankommen ließ, den Fahrer dadurch zum Halten veranlassend. Das Tier wurde schließlich von einem Angeestellten mit nach Hause genommen, um dem unbekanntem „Herrn“ später zu seinem Eigentum verhelfen zu können. —

— **Unfall.** Das 10-jährige Mädchen Luise Heinecke, Leipzigerstraße 54 bei den Eltern wohnhaft, ist daselbst von einer Treppe gefallen, hierbei zog es sich einen Bruch des rechten Unterschenkels zu. Es fand Aufnahme in der Krankenanstalt Sudenburg. —

— **Billets zur Volksvorstellung im Stadttheater** am Sonntag nachmittag für Kassenglieder noch im Bureau der Kaufmännischen Ortsrentenkasse, Prälatenstraße 18, zu haben. —

— **Im Zirkus** wird morgen Freitag das Sittenbild „Mädchenhändler“ zum vorletzten Male gegeben, da Sonntagabend das große amerikanische Sensationsdrama „Die lebende Waise“ in Szene geht. Sonntag nachmittag findet zu kleinen Preisen eine Volksvorstellung statt. Zur Aufführung gelangt das Berliner Schauspiel „Zwei Mädchen aus dem Volke“. —

— **Walhalla-Theater.** Das erste Programm des neuen Jahres brachte den Besuchern unseres Magdeburger Spezialitäten-Theaters ein durchweg neues Programm. Nur das Engagement des Humoristen Fritz Schmundt ist auch für den ersten Spielplan für 1906 verlängert worden. Als Virtuosen für Heroldstompette, Xylophon und Flöte erweist sich Tosca Madri. Einen komisch-atroatischen Akt bringen die beiden Darnett Brothers und Liz Silvia. Beifall findet die Soubrette Lea Leonie mit ihrer Darstellung „vom Leberbrei zum Brett“. Hervorragend sind die Leistungen der Stadtfahrer-Akrobaten Gebrüder Malin. Ueber vorzügliche Stimmittel verfügt das aus fünf Damen bestehende Mollignol-Quintett, dessen Kunstgesang lebhaft applaudiert wurde. Am dreifachen Red bieten Burdon und Wrasse für elegant, sicher ausgeführte Übungen in ihren „humoristischen Einfällen“. Die Hauptnummer des Abends ist die Licht- und Klammernummer Lidia Dobranow in ihren unter vorzüglicher Farbenwirkung voll zur Geltung kommenden Darstellungen als Silberbrüderling, Kristallgotte, Orkan und Ausbruch des Bejuts. Die Wiedergabe von Hugo Dröses „neuesten Luftschiffbildern den Schluß der Vorstellung. —

Letzte Nachrichten.

* **Essen, 4. Januar.** Die Siebenerklosterbräuerei fandte gestern an den Minister für Handel und Gewerbe eine ausführliche Beschwerde, die gegen den am 2. Januar beschied des Oberbergamtes in Dortmund in Sachen der Siebenerklosterbräuerei gerichtet ist.

Sd. Solingen, 4. Januar. Die städtischen Stadtverordneten beschließen, eine Petition an den Landtag zu richten, den Entwurf des Schulunterhaltungsgegesetzes zu ändern.

* **Mannheim, 4. Januar.** Wegen Währungsänderung des neuen Lohns sind die Arbeiter der Rheinisch-Westfälischen Eisenbahn vormals Bendel gestern in den Ausstand getreten. Der Betrieb steht völlig still. —

Sd. London, 4. Januar. Aus Peking wird berichtet: Die fremden Truppenabteilungen sind in ihren Quartieren zusammengezogen, da auch in Peking fremdenfeindliche Anzeichen ausgebrochen sind. Vier Japaner sind verhaftet worden.

